

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg



Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19091112

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.



Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags (Abonnementpreis 1.20, Vierteljährlich 3.00, durch die Kolportage wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus. Preis Nr. 5 A. Sonntags-Plummer mit Illustr. „Die Neue Welt“ 10 Pf. Kreuzbandlungen monatlich 2.70, für das Ausland monatlich 3.50.)

Redaktion: **Hamburg 36**, Reichenstraße 11, I. Stock. Expedition: **Hamburg 36**, Reichenstraße 11, Erdgeschoss.

Verantwortlicher Redakteur: **Ernst Köpfe** in Hamburg.

Anzeigen die sechsgehaltene Zeitzeile oder deren Raum 85 A. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienangelegenheiten 50 A. Anzeigenannahme Reichenstr. 11, Erdgeschoss (bis 5 Uhr nachmittags), in den Filialen (bis 4 Uhr nachm.), sowie in allen Annoncen-Bureaus, Plag u. Datenverzeichnisse ohne Verbindlichkeit. Reklamen im reaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen. Buchhandlung und Buchdruckerei-Kontor: Reichenstr. 11, Erdgeschoss.

Filialen: St. Pauli, einisch Schanzstr., bei Herrn. Koenen, Sophienstr. 44. Einshüttel, Vangensfelde bei Carl Dreyer, Fruchthalde 42. Hohelst, Eppendorf, Groß-Vorfeld und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehnhweg 51. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Peteret, Bachstr. 12. Hohelst, Vangensfelde, Hamm, Horn, Schiffsdorf und Billwärder bei Carl Oetel, Baustr. 26. Hammerbrook bis Auschlag bei Bildsch bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33. Notenburgsort und Veddel bei Th. Reimer, Alsterstr. 85. Wilhelmsburg bei Carl C. Diehl, Meierstr. 12, I. Et. Alsted, Wandsbek, Hirschensfelde und St. Barmbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 84. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 118. Ottensen, Bahrenseld bei Joh. Heine, Bahrenseldstr. 129.

Die Parteigenossen und Arbeiter werden wir darauf aufmerksam, daß in nächster Woche in allen Stadtteilen, wie auch auf dem Landgebiet Versammlungen stattfinden, in welchen über die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Hamburger Bürgerschaft Bericht erstattet wird. Zahlreicher Besuch ist um so notwendiger, als am Beginn des nächsten Jahres Neuwahlen zur Bürgerschaft erfolgen.

Hierzu zwei Beilagen.

Die Kampfarbeitsnachweise der Unternehmerverbände.

In dem Leitartikel der Nr. 259 unseres Blattes haben wir, ausgehend von dem Plan einer Monopolisierung des Arbeitsnachweises durch den Zehnerverband im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier, darauf hingewiesen, daß die Fragen, um die es sich dabei handelt, von außerordentlicher Wichtigkeit nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern auch für das ganze wirtschaftliche und soziale Leben der Nationen sind. Unter demselben Gesichtspunkt behandelt der Geheimrat Dominicus, Beigeordneter der Stadt Straßburg i. G., in der „Sozialen Praxis“ die Notwendigkeit der reichsgesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweises. Auch er bezeichnet diese Forderung als eine dringliche nationale. In Uebereinstimmung mit der Sozialdemokratie erhebt er einen reichsgesetzlichen Zwang zur Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise, die eine Konzentration des Arbeitsmarktes für das ganze Reich unter der einheitlichen Aufsicht eines Reichsarbeitsamtes betreffen sollen. Zutreffend widerpricht er der besonders in Norddeutschland noch weit verbreiteten Ansicht, daß ein Eingreifen der öffentlichen Gewalt nur inneweitend erforderlich sei, als die Abschaffung der gewerkschaftlichen Vermittlung in Betracht komme. Das unterliegt nun für einen objektiv und logisch urteilenden Sozialpolitiker keinem Zweifel mehr, daß es das Eingreifen der Reichsgesetzgebung bedarf zum Zwecke des Arbeitsnachweises überhaupt, wobei die Frage der interlokalen Vermittlung nicht zu umgehen ist, in erster Linie aber die Monopolisierung des Arbeitsnachweises durch das Unternehmertum unmöglich gemacht werden muß.

Dieser Ueberzeugung wird, leider in Verbindung mit einem schweren Irrtum, noch in einem zweiten W.Z. gezeichneten Artikel der „Sozialen Praxis“ Ausdruck gegeben. Da heißt es:

„Der Plan einer Arbeitsnachweismonopolisierung durch den Zehnerverband ist natürlich keine löbliche Eingebung, seine Schöpfung von heute auf morgen, sondern steht mitten drin in der bedenklichen Strömung, die von den Arbeitsnachweiskonferenzen der Arbeitgeberverbände seit Jahren genandt und verächtlich worden ist: der Arbeitsnachweise soll und muß eine wirksame Kampfwaffe in den Händen der Arbeitgeber werden. Das, was früher die Gewerkschaften aus Klassenkämpferischer Verblendung angefeindet haben, will jetzt die Gegenorganisation mit weitgehender Konsequenz und viel größerem Maßstab auf sich zuherab senken.“

Wir haben in unserm eingangs erwähnten Leitartikel nachgewiesen, daß das Bemühen des Unternehmertums, sich des von ihm beherrschten Nachweises terroristisch gegen die Arbeiter und deren gewerkschaftliche Organisation zu bedienen, die Arbeitsnachweisefrage zu einer Machfrage zu machen, bereits im Jahre 1889 einsetzte, wenige Monate nachdem der Reichstag des Norddeutschen Bundes das Koalitionsverbot der Arbeiter gesetzlich sanktioniert hatte, und als diese kaum angefangen hatten, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Wir haben auch auf die Tatsache hingewiesen, daß das im Laufe der Zeit immer stärker hervorgetretene terroristische Vorgehen der Unternehmer dazu geführt hat, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter den Arbeitsnachweis als einen ihnen gebührenden Faktor im Kampf um den Arbeitsvertrag in Anspruch nahmen. Es war nicht, wie W. Z. in der „Sozialen Praxis“ meint, „Lassen-

kämpferische Verblendung“ auf Seiten der Gewerkschaften dabei im Spiele; ihr Anspruch auf den gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis war die notwendige Antwort auf die auf Unterdrückung und Vernichtung der Arbeiterorganisation gerichteten Präzessionen des Unternehmertums. Und wir haben auch ein Urteil des Professors Schmöller zitiert, das den gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis ganz objektiv gebührend würdigt. Von Seiten der Gewerkschaften ist niemals grundsätzlicher Einspruch erhoben worden gegen die nun länger als ein Vierteljahrhundert von der sozialdemokratischen Partei erhobene und im Reichstage nachdrücklich vertretene Forderung nach reichsgesetzlicher Regelung des Arbeitsnachweises. Klassenkämpferische Verblendung in des Wortes wahren Sinne war von Anfang an lediglich dem Unternehmertum, das, einen Herrenstandpunkt einnehmend, sein Streben immer darauf richtete und noch richtet, ohne Rücksicht auf Rechtsordnung und Gesetz, die Arbeiter seiner „Autorität“, d. h. seiner Willkür zu unterwerfen, ihnen die Organisation und Koalition, den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen unmöglich zu machen.

Wir können dem Herrn W. Z. den Irrtum, den er da geäußert hat, aber verzeihen in Rücksicht auf die Entschiedenheit, womit er sich gegen die Kampfarbeitsnachweise der Arbeitgeberverbände wendet. Solche Arbeitsnachweise bestanden im Anfang dieses Jahres etwa drei Dutzend. In der letzten Zeit oder haben sie zweifellos eine starke Vermehrung erfahren. Besonders charakteristisch sind folgende Tatsachen:

Seit dem 1. Oktober 1909 sind in Nürnberg, München und Augsburg vom Verband bayrischer Metallindustrieller errichtete einseitige Nachweise in Tätigkeit. Sie betreffen ausschließlich die Vermittlung und Einstellung von Arbeitern für die dem bayrischen Verband der Metallindustriellen angeschlossenen Werke mit der Maßgabe, daß jede persönliche Einstellung von Arbeitern durch den einzelnen Arbeitgeber ausgeschlossen ist. Es ist zutreffend, was Herr W. Z. von diesen Nachweisen sagt: sie sind Inquisitionskammern, in denen alle Arbeiter, die Stellung erhalten wollen, sich unter Vorlegung eines Entlassungsscheines von der letzten Arbeitsstelle einer Prüfung ihrer persönlichen Verhältnisse unterziehen müssen. Daß diese Prüfung sich insbesondere auf die Zugehörigkeit der Arbeiter zu einer Organisation, auf ihre Parteistellung, ihre politische Gesinnung bezieht, darf als feststehend angenommen werden.

Genau so verfahren die andern Arbeitsnachweise der Unternehmer. Ueber den Stellennachweis des Leipziger Metallindustriellenverbandes haben die Arbeiter erst kürzlich wieder geklagt, daß er auch gegen die Mittelstellen der Firmen über die von ihnen entlassenen Arbeiter in die Personalakten aufnimmt, so daß die stellungsuchenden Arbeiter schließlich der Willkür des Nachweisverwalters an Gnade und Ungnade preisgegeben sind.

Aus dem Nachweis des Chemnitzer Baugewerksverbandes liegen ähnliche Klagen vor. Dort können ältere Leute überhaupt keine Beschäftigung mehr erhalten, denn: „Nur Leute bis zu 42 Jahren vermittelt der Nachweis“. Am 17. Mai dieses Jahres sprach auf der Tagung des mitteldeutschen Wirtschaftsvereins der Verbandssekretär Dr. v. Stojentin über die eigentliche Natur des Arbeitgeberstellennachweises sich ganz offen dahin aus:

„Seiner Natur nach ist den Arbeitgeberverbänden der Ar-

beitsnachweis nur Mittel zum Zweck: Er soll neben Sichtung und Vermittlung des nötigen Arbeitermaterials vor allem zu einer Kontrolle über streikende und ausgesperrte Arbeiter dienen, einen Einfluß auf die Lohnfrage gewährleisten und durch alles das die Macht der Unternehmerverbände stärken.“

Ja wohl, der „unbotmäßige“, der organisierte, ausgesperrte oder an Streiks beteiligte Arbeiter soll dauernder Verwehrt und brotlos gemacht werden; die Hungerpein soll ihn „zur Reison bringen“, bis er müde gemacht, auf sein Koalitions- und Selbstbestimmungsrecht verzichtet und sich der Unternehmervillkür schuldig unterwirft. Es ist gewiß kein Zweifel, daß das starke Hervortreten der Gründung von Arbeitsnachweisen durch das Unternehmertum zusammenfällt mit der wirtschaftlichen Krise, mit dem schlechten Geschäftsgang, mit der daraus resultierenden abnormen Massenarbeitslosigkeit. Das ist die günstigste Zeit für die „Sichtung des nötigen Arbeitermaterials“, für eine „Auslese“ im Unternehmertum. Die Spekulation der Unternehmerverbände richtet sich dabei in erster Linie natürlich auf die Masse der noch indifferenteren, der unorganisierten Arbeiter. In diesem Zusammenhang erst rücksichtlich des Arbeitsnachweises und des bei diesem einsetzenden Kampfes gegen die Arbeiterorganisation, gewinnt die vom Unternehmertum bewirkte und geförderte Gründung „gelber“ Arbeitervereinigungen ihre volle Bedeutung. Gelbe Gewerkschaften, die geradezu darauf berechnet sind, als Kampfororganisationen gegen die freien Gewerkschaften zu wirken, und Arbeitsnachweise der Unternehmerverbände gehören zusammen. Diese Verbände wollen sich unter Ausnutzung der den Arbeitern so ungünstigen wirtschaftlichen Lage ein System zur Entziehung und Unterdrückung der Arbeiter schaffen, das ganz und gar der Tendenz der berichtigten „Zuchthausvorlage“ zum „Schutz der Arbeitswilligen“ entspricht, ja, noch darüber hinausgeht, indem es die absolute Herrschaftsmöglichkeit an die Stelle der rechtlichen Vertragsfreiheit setzt. Diese Vorlage wollte, wie selbst der Zentrumsabgeordnete Dr. Lieber erklärte, die Arbeiter der geradezu himmelschreienden Parteilichkeit der Polizei und der Gerichte überantworten. Sie traf jedoch wenigstens formell in einigen Punkten auch die Arbeitgeber. Das fokalierte Unternehmertum kann in seinem Bestreben, die Arbeiter zu Sklaven seiner Willkür zu machen und ihre Organisationen zu zerstören, allerdings nicht Gelingen und Zuchthaus in Anwendung bringen. Aber es kann, was gewiß nicht minder schlimm ist, die Arbeiter und ihre Angehörigen der Dual des Hungers, dem schrecklichen Elend überantworten, sie ganz und gar aus den Reigen des Menschentums und der Menschwürde reißen.

Wahrlieh, ein Gesetz tut nur, das mit besserem Rechte als die einseitige Zuchthausvorlage ein „Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen“ genannt werden darf — ein Gesetz, das den Kampfarbeitsnachweisen der Unternehmerverbände ein Ende macht!

Politische Uebersicht.

Die Arbeit des Reichstags.

Wie gemeldet wird, werden dem Reichstage bei seinem Zusammentritt folgende Vorlagen bestimmt zugehen: Der deutsch-portugiesische Handelsvertrag, das Reichsbeamtenhaftpflichtgesetz, die neue Strafprozeßordnung und die Novelle zum Strafgesetzbuch.

Schillers „Räuber“ im Deutschen Schauspielhaus.

Wir sind wieder in der Zeit der Schiller-Feste. Die Vereine, die Theater, die Schulen, die Zeitsungen, auch die Väter- und die Müttervereine feiern Schillers 150. Geburtstag. Ein jeder auf seine Art und für seine Zwecke. Die einen meinen die Koninkunste aus, um die Schätze zu machen, die anderen folgen kulturellen Erwägungen. Auf alle Fälle aber ist es gut, daß von Schiller einmal wieder mehr gesprochen, insbesondere über ihn nachgedacht wird, vor allem aber, daß seine Werke wieder einmal recht nachdrücklich auf Schillers Werke hingewiesen werden. Und das geschieht ja am besten durch die Werke selbst. Von Schillers Dramen werden wir nie zuviel, nie genug bekommen können. Vorzugsweise, daß sie uns in würdiger Fassung präsentiert werden. Das ist leider bei den in Hamburg üblichen Aufführungen nicht immer der Fall. Bei den Volksbildungsvereinen der patriotischen Gesellschaft in den letzten beiden Jahren mußte das leider mehrfach konstatiert werden. Es fehlt an Achtung vor dem Dichter, und es fehlt auch an Achtung vor dem Publikum. Eine rühmliche Ausnahme machte von jeder das Schauspielhaus, das an Schiller stets mit dem nötigen künstlerischen Ernst herangeht, und uns in uns im Laufe seiner Tätigkeit in der Tat eine Reihe ganz hervorragender Schiller-Aufführungen geboten hat.

Die Schiller-Feste vor vier Jahren begina das Schauspielhaus durch eine stiftliche Aufführung des aller Dramen Schillers. „Fiesco“ schloß damals. Die „Räuber“ waren früher herabgebeugt, waren mit Schillerfräulein als Franz aus schon früher herabgebeugt. Wenn das Schauspielhaus diesmal seine Schiller-Feste auf eine neue Grundfeste der „Räuber“ basierte, so durfte man auf ein besonderes Ereignis rechnen. Und darin wurde man bei der Aufführung am Mittwoch, die als Festvorstellung für den Verein für Kunst und Wissenschaft stattfand, nicht getäuscht.

Es war eine in ihrer Gänze glänzende, durch ihr hübschmames Leben zum inneren Mittelleben hingewandte Aufführung, von der wir wünschen und hoffen möchten, daß sie auch in die Reihe der Volksbildungsvereine der patriotischen Gesellschaft für die kommende Spielzeit aufgenommen werden möchte. So hat man seit zwei Jahrzehnten die „Räuber“ in Hamburg nicht gesehen. Herr v. Berger, der die Reueinleitung des Schauspielers beorgte, hat endlich aus Hamburg einmal das Original der „Räuber“ gebracht. So weit sich das aus den vorhandenen Aufzeichnungen über Hamburger Theater fest-

stellen läßt, ist von der Mitte der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ab bei den Hamburger Aufführungen nie das Original, sondern stets die sog. Maimheimer Bearbeitung, die mit ihren Strichen, Zuthaten und sonstigen Veränderungen in hiesiger Beziehung erheblich hinter dem Original zurückblieb. Es ist hier nicht der Ort, wo längere stiftliche Betrachtungen darüber angedacht wären. Nur freuen wollen wir uns, daß endlich ein Hamburger Bühne den Mut und den Mut hat, das Original, das Original zu spielen. Und es gab nicht nur das Original, es gab das ganze Werk. Nur ganz wenig Reduzierungen fielen fort, aber nie ein wesentliches Wort, und nie eine Szene oder auch nur ein Teil einer Szene. Die Verkleinerung dauerte drei Stunden und fünf und eine halbe Stunde. Aber wie trotz dieser langen Zeit auch nur das geringste von der Aufführung miffen konnte, und wer hätte bei dieser Aufführung nicht noch gern eine halbe oder eine ganze Stunde länger ausgehalten?

Es war wirklich das bewundernde, füllende Jugendwerk Schillers, das wir seit unsern Jünglingsjahren alle so lieb haben und das wir lieb behalten werden, solange das Blut in unseren Adern pulsiert. Es brauchte und stürzte die Jugend durch die Aufführung, das über-schäumende revolutionäre Pathos und das heisse, leidenschaftliche Temperament der Jugend. Trotz der Fülle des Objekts, mit der disziplin wohl sehr zu rechnen war, hatte Herr von Berger vor allem die Maimheimereize mit dieser füllenden, jubelnden Jugend gefüllt. Dem Ausgang war die dritte Szene des zweiten Aktes, wo nach dem Welterreich der Gestaltung Wolters die ganze Bande herbeistürzt in die Zuchthaus, die als Schlußstück diente. Bei, wie das da heranzuging und proflet, schmit und sich überfüllt! Immer wilder und toller und stürmischer brault es daher, und in heißer Leidenschaft vernimmt die Bande die gluterreiche Erzählung von Wolters Verletzung. Auch die andern Maimheimereize waren von dieser lebensfrohen Leidenschaft durchzogen und wirkten faszinierend in das Publikum hinein. Nur das Maimheimereize in der fünften Szene des vierten Aktes lag noch etwas nach der traditionellen Verlesart, in der dieser sich so wirkungsvolle Szene bisher erwid wurde. Etwas weniger Harmonie, das r oder mehr Temperament. Es ist genug zu verstehen, daß man hier nicht Maimheimereize glänzende Ausgestaltung dieser Szene kopieren möchte. Aber ein wenig ungeliebter hätte das Vieh schon bei räumigen Maimheimereize ein erfüllendes können. Immerhin rechtlich lang es schon ganz anders, als man es hier sonst zu hören gewohnt war.

Schiller hat in seiner dichterischen Genialität die Welt in sich in den von breiten Stimmungen gefüllten Szenen, die er auf die Maimheimereize und auf die, in denen die ganze Schaulustigkeit Franzens vor uns gestaltet wird, folgen ließ, ein wunderbares Übergewicht gegen die Maimheimereize und Brutalitäten der andern Szenen geschaffen. Sehr zu Un-

recht bleiben diese Maimheimereize fast immer fort. Herr von Berger hatte sie alle beibehalten. Und die Wirkung war außerordentlich. Das auch solche Maimheimereize für die vielen verschiedenartigen Vorgänge geschaffen waren, braucht wohl kaum erwähnt zu werden. Es herrschte in ihnen die Stimmung der Dichtung. Sehr viel Schönes und Eigenartiges bot die Darstellung. Gebhardt's Karl Moor ist höchsten Lobes wert. Er fand den rechten Ton für den Menschen und für den Räuber, für den Hauptmann der Bande und für den Mann der Berge, der sich vermischt, die ganze Welt auf den Kopf zu stellen. Und vor allem war Jugend in der Gestalt. Aus der Amalia holte Herr Genolf alles heraus, das eine geschmackvolle, talentierte Künstlerin aus dieser Schöpfung Schillers herausziehen kann. Eine ausgezeichnete Leistung war der alte Moor Herr Nihil. Vor allem in den ersten Akten hob Herr Nihil die Gestalt über den traditionellen Jammereiz hinaus, mit dem man sich allmählich abgefunden hat. Ungemitt reichlich war Kreidemanns Franz. Er blieb der Schiller'schen Charakteristik nichts schuldig, keine Arbeit, keine Gemeinheit, keine Brutalität, und erklärte doch auch nach Möglichkeit das Werden dieses Humores von Maimheimereize. Wichtig war das Spiel in den letzten Akten. Außerordentlich wirkungsvoll die Szene mit Doktor Moler. Aber die hier Hauptdarsteller wurden am Schluß der Vorstellung im Verein mit dem Baron Berger immer wieder hübsch gerufen und jubelnd gefeiert. Gerufen wurde auch Herr Otto. Er kam nicht. Aber verdient hatte er den Beifall. In jeder Minute zufrieden hatte er den Schweizer übernommen. Und er brachte ihn prachtvoll, fertig und würdig. Auch von den andern Mitwirkenden wäre manches Gutes zu sagen. Es soll geschehen nach der ersten Wiederholung.

Nur von dem grandiosen Spiegelberg Montors noch ein Wort. Die Figur kommt der Eigenart des Künstlers außerordentlich entgegen. Aber er holte alles aus sich heraus; im Sprechen und Spiel, auch im stummen Spiel eine Meisterleistung, deren sich alle erfreuten.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Naturwissenschaftliche Vorträge im Gewerkschaftshaus.

Am letzten Montag wurden die Vorträge der Vorträge in der Pflanze und die Atmung der Pflanze behandelt. Als vorläufiges Produkt der Atmung ist die Stärke anzusehen, die wegen ihrer Zusammenziehung aus Kohlenstoff, Wasserstoff und Sauerstoff zur Gruppe der Kohlehydrate gehört. Infolge chemischer

Veränderungen im Laufe des Jahres sollen dann noch hinzukommen: der Etab, der Entwurf über das deutsch-englische Handelsprotokoll, ein Nachtragset zum Militärstatut, ein Vorgesetz über die Einziehung des Termins des Inkrafttretens der Waisen- und Waisenversicherung, eine Novelle zum Kolonialgesetz. Für die Monate Januar und Februar werden die Entwurfe über die Reichsversicherungsordnung und vielleicht auch das Arbeitsmarktergesetz zur Vorlage gebracht werden, doch stehen Beschlüsse über Art und Zeitpunkt der Einbringung noch aus.

Der neue Riesenpump.

Der neue große Riesenpump im Betrage von 542 Millionen, der demnach in einem Nachtragset beschlossen werden soll, obwohl eben durch die „Finanzreform“ die „Samierung“ der Finanzen bewerkstelligt sein soll, hat natürlich formliches Entstehen erregt, da die ganze Möglichkeit der Finanzlage dadurch erschwerend beleuchtet wird. Da wird denn durch das offiziöse Volkswirtschafts-Bureau folgende Besichtigungsworte in die Welt geschickt:

„Gegenüber den Erörterungen, welche sich an die Einbringung des Nachtragset im Bundesrat geknüpft haben, wird von aufständiger Seite mitgeteilt, daß dieser Etat keine in die Ansehung enthält als diejenigen, über welche in den Reichsfinanzgesetzen Bestimmung getroffen ist. Seine Einbringung war bereits im Sommer beim Auseinandergehen des Reichstages erfolgt. Die einzelnen Seiten, insbesondere die erhöhten Beamtenbesoldungen, die rückständigen Waisen- und Waisenbeiträge und die Beiträge der letzten Jahre sind der Öffentlichkeit seit längerem allgemein bekannt. Man hat sich auch die ungedruckten Waisenbeiträge für das Rechnungsjahr 1909 schon aus dem Hauptteil dieses Jahres errechnen. Der Nachtragset dient somit ausschließlich dem formellen Zweck, eine etatsmäßige Gesamtfeststellung jener Beträge herbeizuführen. Ueber den Zeitpunkt und die Art der Begebung des in dem Nachtragset zusammengefaßten Bedarfs wird, wie bereits vor einiger Zeit bemerkt, erst später Entscheidung getroffen werden.“

Es wird für die Steuerzahler, die jährlich mehr als 20 Millionen neuer Schuldenzinsen zahlen müssen, sehr wenig beruhigend sein, wenn ihnen gesagt wird, daß sie schon lange bekannt, nur habe man noch nicht genau gewußt, wie hoch die Summe der laufenden werde. Nur vergangenheitsmäßig, was das heißt, 1906 hat die Stenographische „Finanzreform“ 200 Millionen neuer Steuern aus dem Volke herausgepumpt, 1909 die des Schatzamtes mehr als 400 Millionen. Trotzdem kann man nicht einsehen, die alle Verpflichtungen beden, sondern will noch mehr als eine halbe Milliarde zupumpen, um das größte Loch vorläufig zu stopfen. Bei dem Aufzuge. Denn auf die Dauer wird weder die weitere finanzpolitische Ausweitung der Volksmassen, noch werden weitere Riesenpumpen des Finanzengels besitzeln, wenn nicht die Quellen, aus denen die Finanznot entspringt, verstopft werden. Dies unerhörte Wachsen der Ausgaben für Heer und Marine, das ist die Ursache des Finanzjammers. Hier muß ein Riegel vorgezogen werden, zunächst der weiteren Vermehrung, dann müssen aber diese Ausgabenbeschränkung erließlich geschränkt werden. Das kann ohne „Gefahr“ geschehen. Niemand wird Deutschland überfallen, wenn es selbst nur eine verständige Finanzpolitik treibt.

Schiller und die Karrieren.

Schiller der jetzt wieder gefeiert worden ist, gehört der deutschen Nation und der Menschheit. Aber unter Reaktionären haben kein erweisliches Recht, dem Genius zu publizieren und ihn für die Grundzüge und Zwecke in Anspruch zu nehmen. Und das scheuen sie sich nicht, das zu tun. So hat auch die erzkonservative „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirte, dem „großen Sohn der schwebischen Erde“, dem letzten unter den Herren unserer Nationen Zeit“ einen ihrer Artikel gewidmet. Darin ist die Rede von Schillers Freiheitsideal, von seiner glühenden Freiheitsliebe, von seinem Einreißer für das Wahre und Schöne.

Wir möchten nun gerade dem Bündelortgen gegenüber daran erinnern, wie energisch Schiller den Standpunkt vertrat, daß das menschliche Streben unablässig aufwärts und vorwärts gehen muß, daß es nicht halt machen darf vor dem bereits Erreichten. Diese große Lehre hat Schiller vornehmlich in seinem „Menschheitsideal“ speziell der Arbeiterklasse gegeben. Da ist ein weiser, humorvoller Herrschaftsbesitzer. Er hat die unheimlichen Kräfte der Reibegierigkeit aufgehoben, deren Fesseln gebrochen, aus seinen Leibeigenen freie Menschen gemacht, Vorgänge, die jedoch größtenteils noch lange nicht geklärt sind, kann aus ihr eine große Zahl anderer Körper hervorbringen. So kann sie sich in andre Kohlehydrate umwandeln, z. B. in Zellstoff und in Zucker. Durch Aufnahme mineralischer Nährstoffe, vor allem Stickstoff und Schwefel, bilden sich die Eiweißverbindungen. Auch Fett, Oel, Aether, Nektar (Honig) entstehen durch solche Umwandlungen. Die Wanderung der Band- und Verbrauchsstoffe aus die Orte ihres Verbrauches vollzieht sich teils von Zelle zu Zelle durch die Zellwand hindurch (lösliche Stoffe) oder in besonderen Leitungsorganen, den Siebellern der Gefäßbahnen. Als solche Leitungsorgane sind auch die Wurzelscheiden mancher Pflanzen (z. B. Polsterpilz, Schilfröhre) anzusehen. Interessant ist auch die Ausbreitung von Nahrung in besondern Spindelorganen, so in den Zweifelsblättern, in den kleinen Karriolen, Nadeln, in den Reibblättern oder einem besondern Nährgewebe der Samen. Neben den aufbauenden Vorgängen in der Pflanze laufen beständig zerstörende Vorgänge her. Es findet fortwährend durch den Einfluß des Sauerstoffes der Luft ein Zerfall der Kohlehydrate statt, also eine Verbrennung. Diese Atmung zerfällt, was die Assimilation geschaffen. Infolgegebeut einen alle Pflanzen fortwährend Kohlenhydrate aus, wie man durch einfache Versuche nachweisen kann. Auch eine Wärmezeugung findet dabei statt, bei feinemden Grades 2° C, in den Wästen der Victoria regia 15° C. Durch die Verbrennung werden jene Kräfte frei, die die Lebensvorgänge in der Pflanze auslösen und die deshalb vielfach als Lebenskräfte zu bezeichnen sind. Am kommenden Montag folgt der letzte Vortrag in diesem Zyklus. Er wird sich mit jenen interessanten Pflanzen beschäftigen, die in ihrer Entwicklungsweise eine Ausnahme von der bisher geschilderten normalen Art machen. Karten à 10 Pf. sind an den bekannten Stellen sowie abends am Eingange zu erhalten.

Bücher und Schriften.

Von der „Neuen Welt“ (Stuttgart, Paul Singer) ist das 7. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Inhalt: Die öffentliche Meinung. — Die Wahlen in Baden von G. A. Lehmann. — Die Landtagswahlen in Sachsen. — Von Hermann Heineke. — Die politische Situation in den Vereinigten Staaten und die Sozialistische Partei. — Von E. H. Roubin (New York). — Technisch-wirtschaftliche Rundschau. — Von Rich. Wobst. — Literarische Rundschau: Nautilus. — Jahrbuch für Deutschlands Seereisen. — Von Karl Adel. — Notizen: Neomals die Orvis-Federations. — Zeit-schichtenbau.

Die „Neue Welt“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 10 Pf. 36 pro Quartal zu beziehen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig.

Die Richtung, die Russland gegenwärtig einzuschlagen droht, kann nur durch gewisse, perfide Anschläge, sich durch eigene Kraft wiederherzustellen, schwer zu errögen. Das ist vielleicht die Ansicht der russischen Elemente, die gegenwärtig die russische Regierung beherrschen, allein es kann keinen Zweifel an dem russischen Willen geben, allein es kann keinen Zweifel an dem russischen Willen geben, allein es kann keinen Zweifel an dem russischen Willen geben...

Natürlich wird niemand auf den Gedanken verfallen, daß das englische Ministerium aus buren Gerechtigkeitssinn und Wohlwollen für die persische Regierung diesen Erguß an den Aufrechterhaltung in Petersburg richte. Was von Sympathie für das neue Persien geredet wird, ist einfach Scheuerei. Ernst dagegen ist die bedrückte Drohung, Großbritannien werde es sich nicht gefallen lassen, daß der Zar sich in Stid Persien, seine „Interessensphäre“ nehme, ohne England die Sägen am persischen Golt und die südlichen Provinzen in der Hand habe. Es wird einfach Spitzbüberei geübt, die der H. Abwärten, bis auch der andre Teil zum Stehlen gerührt ist.

Zur Geschichte des Niffriges.

Bei einer früheren Gelegenheit haben wir schon darauf hingewiesen, daß der verlorene Krieg der Spanier gegen die Arabienländer im Nif seinen eigentlichen Grund in dem Bestreben hat, ein kleines, aber an Mineralstoffen reiches Gebiet unter die Herrschaft Spaniens zu bringen, damit es nicht etwa von den Franzosen okkupiert werde. Die Konzeption, die der ehemalige Generalmajor, der vor einigen Wochen von den maroccanischen Truppen besiegte und dann hingerichtete Niffrige, einer spanisch-französischen Kapitalgesellschaft überlassen wurde, die von den Arabienländern nicht anerkannt wurde, lieferte den Vorwand zum Beginn der Feindseligkeiten.

Ein spanischer Schiffsfahrer, Ruiz Albeniz, liefert nun eine zusammenfassende Darstellung der spanischen Politik, die als ein Beitrag zur Geschichte kapitalistischer Expansionsbestrebungen interessant genug ist.

Nach der Vorlesung von Albeniz, so sagt Ruiz Albeniz, habe die spanische Regierung sich bemüht, ihr Einflußgebiet im Nif zu „erklären“, und habe die spanischen Kapitalisten aufgefordert, sich am Nif zu beteiligen. Seit 1807 habe dort Ruhe geherrscht infolge der tatsächlichen Herrschaft des Niffriges, der von den Niffrigen allgemein anerkannt worden sei. Die spanische und die spanische Bergwerksverwaltung hätten sich daher an ihn gewandt, um die Erlaubnis zur Ausbeutung der Erzlager von Beni Bu Nfir zu erlangen. Die Bergwerke seien der spanischen Gesellschaft zugeordnet worden, nichtsdessenungeachtet hätten auch die Franzosen angefangen zu arbeiten unter dem Vorwand, die Erzlager zum Abzug auszubehalten, in Wahrheit, um weiteren unmittelbaren Einfluß auf die Stämme zu behalten. Die spanischen Arbeiter hätten von März bis Oktober 1808 ohne Zwischenfall ruhig ihren Fortgang genommen, und es lehrte ihnen während dieser Zeit das ganze Nifgebiet unbefähigt durchgehen. Dann der Anwesenheit des Niffrigen in Seluan und seinem Wunsch, mit Spanien in Frieden zu leben, habe letzteres Kellinga am Mar Chica und das Kap Agua besetzen können, ohne einen Schuß abzugeben.

General Marina, der anfänglich gute Beziehungen zum Niffrigen unterhielt, habe allmählich begonnen, sich von ihm zu trennen und mehr die Stämme zu begünstigen, das heißt die sogenannte Schuldenpolitik einzuleiten. Infolge einer dieser Verhandlungen zum Schutz der Niffrigen gegen den Niffrigen erlitt dieser seine erste Niederlage und Einbuße an Ansehen. Maraiich von Spanien unterstützt, hätten jene dann gegen den Niffrigen ihren Aufstand begonnen, dessen erstes Lebenszeichen aber gerade der Ueberfall auf die spanischen Bergwerke gewesen sei. Von einer Eskorte des Niffrigen begleitet, hätten die europäischen Arbeiter nach Melilla zurückkehren müssen. Als kurz darauf der Niffrige in Seluan eingeschlossen worden sei, habe Marina jede Zufuhr nicht nur an Waffen, sondern auch an Lebensmitteln verhindert, so daß jener im Januar dieses Jahres Seluan habe räumen müssen. Die Niffrigen hätten aber nicht nur ihr Versprechen der Abtretung gewisser Ländereien nicht gehalten, sondern auch den Krieg umgedreht und die Spanier gezwungen, Melilla nicht zu verlassen, so daß die Bergwerksarbeiten ganz in die Hände der Niffrigen übergegangen seien. Am 1. Mai habe darauf die spanische Gesellschaft mit 200 von drei Franzosen angeführten bewaffneten Eingeborenen einen militärisch-industriellen Zug nach Malakka aus unternommen und sich nicht etwa dem Niffrigen, sondern die spanischen Bergwerke von Beni Bu Nfir erreicht. Ende Juni, als sie es am wenigsten erwarteten, hätten dann beide Gesellschaften die Besetzung erhalten, die Arbeiter wieder aufzunehmen selbst für den Fall, daß sich die Niffrigen dem widersetzen sollten. Zu gleicher Zeit seien am Kap Agua und bei Arteman unerklärliche militärische Bewegungen vorgegangen und die dortigen Stammführer hart bestraft worden.

Am 9. Juli seien dann nach wiederholten Aufforderungen, daß die Niffrigen die Grenzarbeiten auf ihren Ländereien nicht gestatten würden, mehrere spanische Arbeiter getötet worden. Eine Stunde später sei Marina mit seinen Truppen ausgezogen und habe den Malakka-Berg, 9 Kilometer von Melilla entfernt, besetzt. Da die Regierung inzwischen die Forts geschlossen und seine weiteren Aufklärungen gegeben hätte, habe er in Spanien von Privatinteressen gesprochen, so daß der ganze Niffrige in gegenseitiger Abneigung sei. Die Einsetzung der Niffrigen habe dann das Maß der Entrüstung überlassen, einer Entrüstung, die in Barcelona revolutionären Charakter angenommen habe. Aber selbst dann habe die Regierung mit Erklärungen über den Zweck und das Ziel des Krieges zurückgehalten. Am 23. und 27. Juli hätten die spanischen Truppen unbesonnen gekämpft, und wenn jene Niederlage, so doch riesige Verluste erlitten. Das Offizierskorps habe während des ganzen Feldzugs mit größerer persönlicher Tapferkeit als latinhem Verständnis gekämpft. Marina, als Kolonialpolitiker geschickter, habe als Heerführer erreicht, daß die von Spanien in gedrückter Stimmung ankommenen Mannschaften tüchtige Soldaten wurden. Die unglückliche Gefechte vom 23. und 27. seien teilweise auf den Uebermut der Begeisterung einiger Führer zurückzuführen, die die weniger in sich als in dem Gelände begründete Stärke des Feindes nicht richtig einzuschätzen wußten. Die Erfolge des Feldzugs seien die Operationen im Nebdanggebiet und bei Raabit durch die Tapferkeit der Truppen, und später die Einnahme von Nador und Seluan sowie die Besetzung des Burguns durch latinhem Geschicklichkeit gewesen. Die gegenwärtige Lage sei gut; der Krieg könne jedweden Augenblick beendet werden. Niffrige aber unter keinen Umständen als erledigt angesehen werden, solange die spanische Flagge noch nicht auf der Sierra von Beni Bu Nfir weht, sei es als Folge eines diplomatischen Abkommens. Dem Niffrigen müßte dann eine Vertreibung des Gebiets durch die Arbeit (soll wohl heißen durch Verwahrung von Arbeitsgelegenheit) folgen, sonst würde der Krieg binnen kurzem von neuem und mit gleicher Stärke ausbrechen.

Soweit der spanische Schriftsteller, der das kapitalistische Interesse vertritt und darum die Erregung des spanischen Volkes über die ihm angebotenen Wuttopfer einfach auf ein „Missverständnis“, auf ungenügende Kenntnis des kolonialen Programms der Regierung zurückführt. Aber dennoch ergibt sich aus seinen Darlegungen App und klar, daß die Treiber der profitstrebenden Kapitalisten die Arbeitskräfte suchen, allerdings finden diese Treiber eine berechtigende Unternehmung der tüchtigen Soldaten, wie General Marina, und ist den Niffrigen politisch in der spanischen Regierung. Die Niffrigen wegen müßten Laubende von Soldaten des spanischen Volkes an der maroccanischen Küste elend zugrunde gehen.

Tages-Bericht.

Donnerstag, den 11. November.

Hamburg.

Die Budgetbedatte in der Bürgerschaft.

Da, wie jedermann wußte, das Hauptstück der geistigen Bürgerthätigkeit eine „geopolitische“ Budgetbedatte sein sollte, eilten sich die Volksvertreter, mit den zunächst auf der Tagesordnung stehenden Vorlagen rasch fertig zu werden. Die Gesetzmäßigkeit klapperte denn auch, in Gang gesetzt von dem Vizepräsidenten Windmann, außerordentlich rasch. Sehr Vorlagen, zum guten Teil Nachbesserungen auf das Budget von 1909, wurden hintereinander weg erledigt, wobei es zu einer Debatte nur bei dem Senatsantrag kam, der die Aufschübung des Wülfenberger Industriegebietes betrifft und den Verkauf gewisser Landflächen vorschlägt, da durch die Erhöhung eines beträchtlichen Gebiets und Anlage von Kanälen, die mit der Erde in Verbindung stehen, Fließ geschaffen werden soll für Fabrikanlagen und dergleichen. Drei Senatskommissionen waren erschienen, um den Senatsantrag zu beschreiben, hatten aber sehr leichte Arbeit; denn außer Herrn Laumann vom linken Zentrum hatte niemand Einwendungen zu machen. Herr Laumann meinte allerdings, daß sowohl in finanzieller wie in technischer Beziehung Bedenken beständen, und daß die Sache in einem Ausschuß geprüft werden müßte. Jedoch hielt die Bürgerschaft das nicht für not-

wendig, sondern nach kurzen Erklärungen des Obergerichtsrats Speyer und der Herren Rodaß und Sanders wurde der Antrag Laumann gegen die einzige Stimme des Antragstellers abgelehnt und der Senatsantrag endgültig angenommen.

Ran ging es an das Budget für 1910, das, wie schon früher erwähnt, die wenig erfreuliche Aussicht stellt, daß wir nächstes Jahr 7½ Einheiten Einkommensteuer zahlen sollen. Senator Dr. Diestel als Vorsitzender der Finanzdeputation, hielt die offizielle Budgetrede, die man in früheren Jahren von dem nunmehr verstorbenen Bürgermeister Dr. Wülfenberger zu hören gewohnt war. Es kann gesagt werden, daß Senator Dr. Diestel es versteht, ohne weitläufig zu werden, sein Thema sehr gründlich zu erörtern. Er begann mit einer Darstellung, wie die Reichsfinanzreform mit den durch sie bedingten tief eingreifenden und aufregenden politischen Vorgängen auf Hamburg wirkte und wie sie das Budget beeinflusse. Im allgemeinen sei Hamburg als Staat nicht schlecht gefahren, weil die Zahlung der Matrifularbeiträge erspart wird und weil infolge der Ablehnung der Erbschaftsteuer unserm Staat der Betrag der Defizidentensteuer bleibt. Allerdings würden sich daraus für die Zukunft auch gewisse Nachteile ergeben, über die der Redner sich näher ausließ. So werde die Reichssteuer zu nächster vom Hamburger Staat, wenn sie per sefett werde, etwa 1½ bis 2 Millionen Mark pro Jahr entziehen. Nach einer eingehenden Darlegung der Umstände und Verhältnisse, die zu einem Defizit des Budgets führen, begann Senator Doktor Diestel dann die schöne Weise vom Sparen anzuschlagen. In dessen etwas andere, als man es sonst von so „hoher Stelle“ gewohnt ist. Er hing einmal der Rede die Schelle an und verwies darauf, daß die Beamtenbesoldung ein Drittel unfruchtbarer Einnahmen verschlinge und daß unzulässig alles aufgeben werden müsse, der Beamtenvermehrung Einhalt zu tun. Unter Zustimmung des größten Teils der Bürgerschaft führte er aus, daß es wirklich kein Unglück wäre, wenn die Beamten etwas mehr zur Arbeit herangezogen würden, und weiter wandte er sich dagegen, daß die sich mehrenden Beamtenvereine Bürgerschaft und Senat fortwährend mit Eingaben um Gehaltserhöhung überschütteten. Auch erwähnte er die Beamten, sich nicht mehr als besondere Kaste von Volk abzusondern, sondern sich als Bürger zu fühlen und mit den Bürgern gemeinsam die Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten zu pflegen. Dann bewies Senator Dr. Diestel auf die in Aussicht stehenden großen Arbeiten, auf die Altersanpassung, die ein großes Gebiet, das sich hauptsächlich für Landbesitzer begünstigter Mitbürger erziele, erschließbar würde, und nannte, als dem gleichen Zweck dienend, den Bau von Bahnen. Die Untergrundbahn werde in spätestens zwei Jahren betriebsfähig sein, und für weitere Bahnen für das Landgebiet seien die Projekte in Arbeit. Ein böser Wappas passierte dem Herrn Senator insofern, als er zur Verteidigung der Finanzdeputation, die in Unkenntnis der Sachlage ein hiesiges Blatt das „Hamburger Fremdenblatt“ — aus Versehen sprach der Herr Senator von einem politischen Blatt, beanstandet gemacht hatte für die hohen Tarife der Untergrundbahn, die gewünschte Kommission als Urtheil jenes Tarifs nannte, und sogar die Namen Stolten, Rodaß und Dr. Petersen anführte. Durch Zuführung, und nachher vom Senatsmitglied Stolten ganz ausführlich, wurde dem Herrn Senator zu Gemüte geführt, daß die Kommission nur mit 7 gegen 7 die Zustimmung zu jenem Tarif gegeben habe und daß gerade die Genannten zu der ablehnenden Minorität gehörten. Im einen stimmungs-vollen Abschlus seiner Rede zu haben, erwähnte Senator Doktor Diestel noch das seit 50 Jahren bestehende Zusammenarbeiten von Senat und Bürgerschaft und sprach Erbauendes von Beschlüssen, die dem Staate zum Segen gereichen würden.

Allseitig waren die Bemerkungen des Senatskommissars über die Beamten und die Belastung des Budgets durch die ungeheuren Ausgaben für die Bureaucratie als der wichtigste Teil seiner Rede aufgefaßt worden. Und nicht umsonst! Denn in der Tat hat die rapide Vermehrung des Beamtenheeres allgemeine Mißstimmung erzeugt, und wenn noch dazu kommt, wie man z. B. aus dem Bericht über die Unterdrückungen wegen der „Hafen im Hofselde“ vernahm, daß die Herren sich ihre sogenannten Tätigkeiten äußerst bequem machen, so ist es begreiflich, daß allmählich auch die zufriedenen Staatsbürger sagen: „Wis hierher und weiter!“ In der Debatte wurde denn auch dieses Thema von verschiedenen Rednern erörtert.

Zwar Herr Dr. Tesdorpf, der angestammte Häuptling des Budgetausschusses, hielt nur seine allfällige wiederkehrende Rede mit „einerseits“ und „andererseits“, mit „Sparen“ und „nicht sparen dürfen“ und mit der Prophezeie, daß man die 7½ Einheiten zu zahlen haben werde. Doch der folgende Redner, unser Genosse Stolten, schlug einen andern Ton an. Er drückte seine Verwundung darüber aus, daß nicht nur aus der Mitte der Bürgerschaft, sondern auch vom Senatsstande aus eine scharfe Kritik an der Reichsfinanzpolitik gelte. Wenn man als Hamburger Staatsbürger auch zunächst von der Reichsfinanzpolitik weniger betroffen werde, so doch desto mehr als Reichsbürger. Einen Privatmann, der handeln würde wie das Reich, würde man einfach und mit Recht als einen angehenden Bankrotter bezeichnen. Eingehend besprach Genosse Stolten dann die Reichssteuerzunachststeuer, ein nach seiner Auffassung sehr unglückliches Geschäft. Eine Wertzuwachssteuer würde nicht rein fiskalisch betrachtet, sie habe vielmehr außerordentlich wichtige soziale Aufgaben zu erfüllen und diese Seite könnte nicht durch eine Reichssteuerzunachststeuer, sondern nur durch lokale Besteuerung des Wertzuwachses zur Geltung gebracht werden. Die Wohnungspolitik z. B. könnte durch zweckmäßige Handhabung und Verkleinerung der Wertzuwachssteuer in nützlicher Weise betrieben werden. Ferner betonte Genosse Stolten den Grundsatz: daß die Kosten für Anlagen, die späteren Generationen zu gute kommen sollen, auf Anleihen genommen werden müßten, während zum Budget die Ausgaben für das gegenwärtige Geschäft unabweisbar gehören. Zur Kritik einzelner Posten übergehend, wies Stolten darauf hin, daß die Kanalanlagen mit nachdem Defizit arbeiten; hier müßte Wandel geschaffen werden. Herr Sanders von der Finanzdeputation rief nun das nächste: „Softe Löhne!“ Im fertige Stolten vorstreblich ab mit der kurzen Frage: „Wen meinen Sie, der Kandidat oder die Arbeiter?“ und führte dann weiter aus, daß die Ausgaben der Arbeiter infolge der Zollpolitik weit mehr gestiegen seien als ihre Löhne. Man möge also, wenn man die Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland betone, darauf hinwirken, daß das Reich eine andre Zoll- und Handelspolitik einschlägt. Daß der Hamburger Bundesratsbeschlüsse sich irgendwie mit Protesten gegen die Unterwerfung bemerkbar gemacht hätte, davon hat man bis jetzt allerdings nichts vernommen, wie hingeseht werden muß. Wegen des Vertrags mit der Untergrundbahn bewies Stolten, wie schon vorher bemerkt, darauf, daß der Vertrag mit Tarif nur mit einer Stimme Majorität angenommen worden sei, und weiter gab er der bürgerschaftlichen Majorität zu bedenken, daß die Betriebsgesellschaft ein weit günstigeres Angebot hinsichtlich des Tarifs gemacht hätte, wenn man nicht zwei Wagnisse in Kauf genommen hätte, wie es durch Schuld der für Klassenleistungen schwebenden Bürgergesellschaft geschehen müßte. Und nun kam Stolten auch zu dem Beamtenkapitel. 15000 Beamte, so rechnete er vor, hätten wie in Hamburg, also auf je 20 erwachsene Männer einen Beamten, und dennoch würden schon wieder 138 Beamte im Budget neu geordert. Und doch sei alle Welt darüber einig, daß stellenweise erheblich besser und intensiver gearbeitet werden könnte. Genosse Stolten hätte noch anführen können, daß von wachsenden Menschen sogar behauptet wird, die Verneinerung der Beamten gehöre nach dem sogenannten Scharnhorstsystem, indem nämlich in dem Augenblick, wo ein Diätar Beamter geworden ist, er auch sofort zwei Diätare braucht, um sein Pensum Arbeit zu leisten, und daß diese zwei Diätare natürlich späterhin ebenfalls zu Beamten aufwachsen, die ebenfalls fünfzehn Arbeiter bedürfen, und so weiter in schöner Kette. Wenn diese Behauptungen nun auch nicht wirklich zu nehmen sind, so haben sie doch einen berechtigten Kern, und es ist ja auch von keinem der späteren Redner, nicht einmal von Herrn Rodaß, dem Beamtenführer, behauptet worden, daß sich die Beamten bei der Arbeit etwa keine ausreichen.

Nach Stolten sprach ein Redner des linken Zentrums, Herr Blach, der bezüglich der Aufnahme von Anleihen brechen wollte, damit Hamburg nicht in denselben Zustand hineingerate wie das Reich. Mehr als 7½ Einheiten dürfe aber die Einkommensteuer nicht betragen, sonst würden die „Leistungsfähigen Steuerzahler“ fortgesetzt werden, und dann müßte man zu indirekten Steuern greifen, und was dergleichen Bortgeiwelheit mehr ist. Etwas anders sah Herr Dr. Wund von den Vereinten Liberalen das Budget auf. Daß die Erregung der Ausgaben die der Einnahmen übersteigt, führte er auf das Daniebertlegen der Schiffahrt zurück. In dessen sei pessimismus nicht notwendig, wenn man nur bei den Ausgaben mit der nötigen Vorsicht und Strenge verfähre. Er empfahl dann die Reorganisation des Revisions- und Kontrollbureaus, das nicht nur formell, sondern auch sachlich prüfen müsse, und dem es dann gelingen würde, manche überflüssigen Ausgaben zu verhindern. Aus dem vorliegenden Budget wies er an einem minder wichtigen Posten Dr. Wund unter großer Heiterkeit der Versammlung „Anstimmigkeiten“ in der Kostenberechnung der verschiedenen Behörden nach. Beispielsweise berechne die Polizei für ihr Heu (natürlich das Heu, das ihre Pferde fressen, nicht das Heu, das sie irgenwem mit herumträgt) M. 92, die Feuerwehre dagegen nur M. 84. An solchen Dingen könnte man sehen, wo es fehle.

Ran nahm Senator Dr. Diestel nochmals das Wort zu einer Polemik gegen Stolten wegen der Frage, was auf Anleihen zu übernehmen sei und was nicht. Bei dieser Gelegenheit unterließ es dem Herrn Senator — wohl nicht ganz zufällig, da er ein ganz vorzügliches Redner ist —, daß er von einer „heilvollen Wirklichkeit“ in der Finanzpolitik des Reiches sprach. Offenlich werden die Berliner Finanzminister über diesen Anspruch eines sachverständigen Hamburger Senators einmal nachdenken. Das gleiche ist ihnen zwar schon von anderer Seite gesagt worden, aber möglicherweise beachten sie es mehr, wenn es von dem Vertreter einer der Bundesregierungen erklärt wird.

Herr Rodaß von der Linken stimmte Dr. Wund bezüglich des Revisions- und Kontrollbureaus beifallig zu und verlangte aus die dieser, daß die Verwaltungsbürokratie sich künftig höchster Sparsamkeit befleißigen sollte. Auch er bezeichnete es als sehr dankenswert, daß der Senatskommissar die Beamtenfrage so offenherzig besprochen habe. Die Beamten selbst hätten ja schonzugeben müssen, daß vieles faul sei, und daß durch verständige Anordnung große Ersparnisse gemacht werden könnten.

Ran kam Herr Rodaß zu seiner Verteidigungsrede für die Beamten, auf die wir schon hingewiesen haben. Politische Beamtenvereine hätten allerdings seine Erregungsberechtigung mehr, und der bestehende Beamtenverein werde sich voraussichtlich bald auflösen. Berufliche Beamtenvereinigungen dagegen seien nach wie vor notwendig, um die Interessen der Beamten zu vertreten, die ohne sie hier nicht zur Sprache gekommen wären. Er könne nicht bestritten, sondern müsse es bestätigen, daß es sehr gut wäre, wenn an manchen Stellen die Beamten energisch zur Arbeit herangezogen würden. Nur solle man nicht verallgemeinern, und es soll endlich mit dem Gebete von dem vielen Frühstücken in den Bureaus aufhören. Bei einzelnen Behörden gilliere nicht einmal eine Frühstüdpause, und während die Beamten mit der linken Hand ihr Butterbrot zum Munde führten, müßten sie mit der rechten schreiben. So ungefähr schilderte Herr Rodaß, allerdings unter mittelbisheriger Heiterkeit der Bürgerschaft, das Martyrium der Beamten, das er noch durch die „statistische“ Beweisführung als ganz gauenerregend hinzustellen suchte, in einem bestimmten Departement sei im Verlauf einiger Jahre das Arbeitsquantum um 80 pzt. gesteigert worden. Aber statt eines niederwertigen Einbruchs zu machen, hatte diese Behauptung nur Lachen und die halblaut und ganz laut gesprochene spöttische Frage zur Folge, wie viel aber wie wenig die Herren Beamten dann wohl vorher geleistet hätten.

Daß der nun an die Reihe kommende zweite Redner der Linken, Herr Schlichter, als Anerkennung für das den Beamten entgegengetragene bekannte „warme Herz“ die Aufhebung der Beamtenkonjunkturverträge, ist eigentlich selbstverständlich. Es scheint, daß es immer noch eine ganze Anzahl von biederen geschäftstreibenden Staatsbürgern gibt, die meinen, wenn sie an den Beamten nur gehörig verdienen können, so möge man diesen auf Regimentenlosigkeiten immerhin geben, was sie irgend nur verlangen. Aber ganz recht hatte Herr Schlichter mit seiner Kritik der Vorgänge beim Bau der Schule an der Lutterothstraße, bei der Senftungen eingetreten sind, die wiederum löpplige Reparaturen veranlassen; so sei das auch schon vor einiger Zeit bei einem andern Bau der Fall gewesen. Es habe nicht die nötige Sorgfalt der zur Aufsicht bestimmten Beamten gewaltet.

Stolten setzte sich nun noch kurz mit dem Senator Dr. Diestel über die Budgettragis auseinander, worauf Herr W. B. Burg von der Rechten das Thema aufgriff und den Satz aufstellte, daß nur für produktive Zwecke Anleihen aufgenommen werden dürften, alles andre aber aus Budget verwiesen werden müßte.

Hierauf trat Diestel zurück ein, und der altgewohnte stereotypische Antrag von Dr. Tesdorpf auf Niederlegung eines Budgetausschusses wurde angenommen. Sechzehn Weise aus allen Fraktionen sollen nun verhandeln, von den Ausgaben so viel abknappern, daß vielleicht die halbe Eintheil gespart werden kann. Mögen sie Erfolg haben!

In der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens (Hamburger Lehrerverein) fand Mittwoch abend eine Versammlung statt, in der die Volksschullehrerschaft zu den Wahlen der Deputierten der Schulbehörde in die Oberbehörde Stellung nahm. Die Schulbehörde hat nach dem Unterdrückungsgesetz von 1870 das Recht, zwei Vertreter in die Oberbehörde zu entsenden. Mit Ablauf dieses Jahres erlischt das sechsjährige Mandat des einen Deputierten, des Herrn Direktor Prof. Reimüller. Der andre Deputierte ist Herr Rektor Heinrich Wolgast. Dieser, der zuletzt vor drei Jahren gewählt ist und dessen Mandat also noch bis Ende 1912 reichen würde, hat sich gezwungen gesehen, aus gesundheitlichen Gründen frühzeitig abzutreten, sein Amt als Mitglied der Oberbehörde ebenfalls zum 31. Dezember d. J. niederzulegen. Die Schulbehörde muß also noch in diesem Jahre beide Deputierte neu wählen. Der Vorsitzende der „Gesellschaft“, Herr Dr. H. Schell, eröffnete die Versammlung, indem er das schmerzliche Bedauern der Lehrerschaft aussprach über die traurige Notwendigkeit, die Heinrich Wolgast aus dem höchsten Ehrenamte, das die hamburgische Lehrerschaft zu vergeben hat, zu scheiden bringt. Die Lehrerschaft dankt und erkennt es mit tiefer Dankbarkeit an, wie gewissenhaft und gründlich Heinrich Wolgast seine Pflicht ausgeübt und wie vorurteilsfrei und charaktervoll er seine Stellung als Vertreter der Volksschullehrer in der Oberbehörde durchgeführt hat. Gerade dadurch ist ihm die Würde dieses Amtes zur höchsten Würde geworden. Er hat oft gegen lästliche und persönliche Übergriffe zu kämpfen gehabt, die für nichtswürdig waren. Aber er hat unermüdet sich als Einzelnen und seine Kräfte zu Ende gegangen sind, die Lehrerschaft kann sich selbst nicht höher ehren, als wenn sie diesen Mann ehrt. Wolgast's Name ist der Inbegriff des Besten, was die Lehrerschaft Hamburgs sich und aller Welt zu bieten hat. Mit unerschütterlichem Vertrauen in seinen Geist und seinen Sinn hat er allezeit hinter sich gestanden, und unabweislich ist der Dank, den sie ihm, dem getreuesten ihrer Vorkämpfer, bewahren wird. Das wollen wir heute ihm und jedem, der's sonst zu hören hat, sagen! Der Vorlesende schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß Herr Wolgast doch noch ferner ein Führer der Lehrerschaft werde sein können. Brausen, langanhaltender Beifall folgte diesen in höchsten Grade freudig gesprochenen Worten.

Herr Johs. Paulsen berichtete über die Vorbereitungen, die in Bezug auf die Aufstellung der Kandidaten im Wahlbezirk vorgenommen worden sind. Diesmal sind die Wahlen unfruchtbar, durch das die Stellung der Schulbehörde selbst und ihre Rechte neu geordnet werden. Leider ist die Ernennung durch das jetzige Gesetz gezwungen, ihre Vertreter in der Wahlbehörde lediglich unter der Schulleitern, Rektoren, Direktoren oder Privatlehrern vorzubereiten zu wählen. Hoffentlich fällt diese Schranke im neuen Gesetz. Ferner ist im Vorstand der Wunsch zum allgemeinen Ausdruck gekommen, es möge auf einmütige Weise eine Vertretung zwischen der Lehrerschaft und ihren Vertretern in der Wahlbehörde gebildet werden. Durch die jetzige Art der Geschäftsführung ist es den letzteren unmöglich gemacht, der Lehrerschaft über Beschlässe und Bemerkungen der Oberbehörde irgend welche Auf-

klärung zu geben. Rein Raut bringt aus dem Verwaltungsrat in die lebendige Schulwelt hinaus! Weiden Teilen ist besser gebient, wenn diese Weisheit geändert wird. — Der Vorstand schloß einmütig vor, für Herrn Wolgast wiederum einen Volkschullehrer aufzustellen. Er ist die Meinung des vorigen Mandates aber konnte im Vorhande kein Beschluß erzielt werden. Eine starke Richtung verlangte, daß diesmal auch an Stelle des auscheidenden Direktors Reimüller ein Volksschullehrer gewählt werde. Dieser hat die Volksschullehrerschaft, die über die Majorität in der Schulbehörde vertritt, den einen der beiden Deputierten den Oberlehrern (Lehrer an höheren Schulen) überlassen. Das ist 1903 des letzten Verhältnisses der Oberlehrer, deren Verein wiederholt seine Mitarbeit in der Schulbehörde gefordert und in verletzender Form abgelehnt, gesehen, weil die Volksschullehrer gleichwohl gerecht und großzügig genug waren, um den sachlichen Interessen des höheren Schulwesens einen aus der Ernennung vorgehenden sachverständigen Vertreter in der Oberbehörde zu sichern. Herr Johs. Paulsen plädiert dafür, auch jetzt nach diesem Grundsatze zu handeln. Da aber Herr Reimüller in der Einheitsfrage verlagte, kann, fände man ihm seitens der Volksschullehrer unmöglich Vertrauen befehlen. Im indessen den Oberlehrern, die Herrn Reimüller überhört wieder aufgestellt haben, zu ermöglichen, ihn als ihren Vertreter in die Oberbehörde zu entsenden, schlägt der Redner vor, die Volksschullehrer mögen sich in diesem Wahlgang der Stimmabgabe enthalten. Der Vorstand seinerseits hat sich weder hierfür, noch für die Aufstellung zweier Rektoren zu entscheiden vermocht.

Die außerordentlich große Schwierigkeit der Situation, vor die die diesmalige Wahl die Lehrerschaft gestellt hat, ist durch diese negative Stellungnahme des Vorstandes zum Ausdruck gekommen. Dieser Lage wurde auch die sehr gründliche und ruhige Besprechung wohl gerecht. Herr Gustav Schönfeldt berichtete über einen abgemachten persönlichen Verhandlungsversuch mit den Oberlehrern. Die Beschlässe, welche diese am Vorabend gemacht haben und die der Redner dem Sinne nach mitteilt, bedeuten die Aufrechterhaltung der von ihnen bisher geübten Disziplin. So sehr das beurteilt und bewahrt werden müsse, so dürfe doch davon die Taktik der Volksschullehrer nicht beeinflusst werden. Herr Schönfeldt schloß daher vor, seine Stimmabgabe zu überlassen, sondern trost alledem Herrn Direktor Reimüller zu wählen. Herr Heinrich Schumann beklagt ebenfalls die von Paulsen vorgeschlagene Taktik als widerprüchlich und gefährlich. Herr Heinrich Müller tritt dagegen für die Aufstellung zweier Volksschullehrer ein. Der von den Oberlehrern ausgesuchte Vorkämpfer lasse diesmal seinen andern Ausweg. Das höhere Schulwesen sei abgesehen in der Wahlbehörde genügend stark vertreten. Nach längerer Debatte beschloß die Versammlung mit etwa drei Fünfteln Majorität, für den Kandidaten der Oberlehrer, Herrn Direktor Prof. Reimüller, einzutreten.

Für das zweite Mandat (Ersatzwahl für Herrn Wolgast) wurden die Herren W. B. und H. P. vorgeschlagen. Der letztere verzichtete und erklärte, Herrn Blach zu nominieren. Herr Blach nahm die Kandidatur an und erklärte auf Verlangen, auf dem Boden der vorjährigen Beschlässe der „Gesellschaft“, betreffend die Schulleitung und die Schulverwaltung, zu stehen. Darauf erfolgte die einstimmige Aufstellung des Herrn W. B. für das Amt eines Erzieherstellers. — Die ferneren Beratungen und Beschlässe bezogen sich auf die Agitation für die aufgestellten Kandidaturen und für eine möglichst starke Beteiligung an der Wahl.



Jeder Parteigenosse, der in den letzten fünf Jahren ein Einkommen von M. 1200 pro Jahr versteuert, hat die Pflicht, das Bürgerrecht zu erwerben! Unbedingt nötig ist, daß jeder, der fünf Jahre lang ein Einkommen von M. 1200 versteuert hat, sofort das Bürgerrecht erwirbt; geschieht dies nicht sofort und wird, wenn einmal fünf Jahre lang ein Jahres-einkommen von M. 1200 versteuert ist, auch nur ein Jahr ein niedrigeres Einkommen versteuert, dann muß man mindestens wieder volle fünf Jahre warten, bis die Erwerbung dieses Rechts möglich wird.

- Zum Erwerb der Staatsangehörigkeit in Hamburg sind folgende Papiere erforderlich:**
1. Militärpapiere.
 2. Meldefchein.
 3. Gewerbeschein oder Arbeitsbescheinigung des Arbeitgebers.
 4. Der letzte Einkommensteuerzettel, und zwar soweit die Steuer fällig ist, quittiert.
 5. Staatsangehörigkeits-Ausweis.
 6. Heiratsurkunde.
 7. Geburtschein des Vaters.
 8. Geburtschein der Frau.
 9. Geburtschein der unüberjährigen Kinder.
 10. Eventuell (bei Wiederbeschreitenden) Sterbeurkunde des früheren Frau und Heiratsurkunde.

- Zum Erwerb des Bürgerrechts in Hamburg sind an Papieren nötig:**
1. Militärpapiere.
 2. Meldefchein.
 3. (Eventuell) Gewerbeschein.
 4. Bescheinigung der Steuerbehörde, daß in den letzten fünf Jahren ein Einkommen von mindestens M. 1200 pro Jahr versteuert worden ist (sollenfalls erlischt bei der Steuerbehörde, Merkurstafel 29, I. Etage) und letzte Steuerquittung.
 5. Staatsangehörigkeits-Ausweis. (Durch Geburt Hamburger Staatsangehörige bedürfen eines besonderen Staatsangehörigkeitsausweises nicht; sie können sich, aber nur zum Zwecke des Bürgerwerdens, ihre Staatsangehörigkeit von der Aufwandsbehörde für Standesämter, Poststraße 19, beschreiben lassen).
 6. Heiratsurkunde.
 7. Geburtschein.

Da die Besorgung der zum Erwerb der Staatsangehörigkeit in Hamburg erforderlichen Papiere häufig mit Schwierigkeiten und Zeitverhältnissen verbunden, möchten daher fast unmöglich ist, so haben sich zur Erleichterung für die Interessenten das Arbeitersekretariat, Feldenbücherei 57, 2. Etage, und nachstehend angeführte Parteigenossen zur zeitweiligen unentgeltlichen Besorgung der Papiere erboten. Es sind zu diesem Zweck zu sprechen täglich zu jeder Tageszeit:

- Joh. Appelhof, Schwabenstraße 54,
- Franz Kruse, Heidenkampstraße 48,
- Fritz Wendt, Wülfenberger 37,
- Richard Ritter, Langenarg 41,
- Louis Gerth, Barbier, Marktstraße 11,
- H. Rich, Eidelstedterweg 64,
- H. Peteret, Wülfenberger 19,
- Emil Berger, Eppendorfer Marktstraße 98,
- Carl Schmidt, Eidelstedterweg 33,
- H. Lühr, Wülfenberger 25,
- H. Sina, Hornerlandstraße 241,
- H. v. S. G. d. G., Gärtenstraße 60, I.,
- H. R. W. d. G., Gärtenstraße 79,
- H. Otto, Wülfenberger 18,
- H. W. S. G. d. G., Wülfenberger 8,
- täglich mit Ausnahme von Sonnabend und Sonntag:
- W. H. Peteret, Wülfenberger 19,
- E. Dreher, Finkenstraße 42,
- R. Grünwaldt, Wülfenberger 57, IV., von Morgens 9 Uhr bis Abends 6 Uhr;
- ferner: H. Sina, Wülfenberger 25, III., täglich von 12 bis 2 Uhr Mittags,
- G. Rucholz, Humboldtstraße 88, täglich von 6 bis 7 Uhr Abends.

Auch Krüger, Wülfenberger 55, I., bei Siemens' Dienstadt und Donnerstags von 7 bis 9 Uhr Abends.

Ausstellungskommission des Gewerkschafts-Larrels in Wülfenberger, jeden Montag und Donnerstag von 8 bis 10 Uhr Abends im Lokale „Leitungs-Gau“, I.

G. Wegrens, Gärten, Bauvereinstraße 9, II.

Sind sämtliche Papiere beschafft, dann haben die Interessenten unter Vorlegung derselben persönlich bei der Aufwandsbehörde für Standesämter, Poststraße 19, die betreffenden Anträge zu stellen, und zwar, mit Ausnahme von Sonntag und Sonnabend, an jedem Werktag in der Zeit von Vormittags 10 bis Nachmittags 1 Uhr.

Grüße Beilage zum Hamburger Echo Nr. 265.

Freitag, den 12. November 1909.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Neuhafenstraße 11. — Verantwortlicher Redakteur: Ernst Köpfe in Hamburg.

Sozialistenführer Dr. Neumann-Friedenau.

Je mehr die Arbeiterklasse sich von der Geißel des Kapitalismus zu befreien sucht, je mehr wächst natürlich die Befürchtung, dass die an der Erhaltung der kapitalistischen Ausbeutung ein Interesse haben. Vor allem lassen es sich die als Schmarotzer berüchtigten Kapitalisten nicht anheimfallen, sich durch die Tätigkeit der Arbeiterklasse zu schaden zu lassen. Sie werden sich deshalb mit besonderem Ingrimm gegen die Sozialdemokratie, weil diese in Deutschland die einzige Partei ist, die die Interessen der Arbeiter konsequent vertritt, und zur Verleumdung der Sozialdemokratie dienen dann besonders, von Gewerkschaften ausgehende Organisationen, die alles, was ihrer Meinung nach diese Partei im öffentlichen Ansehen herabsetzen könnte, aufzutragen mühen.

Zu den unglücklichen zum Zweck der Sozialistenführung veröffentlichten Flugblättern und Streitschriften stellt sich jetzt eine mit vielem Rärm angelegte Broschüre „Die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei“. Der Verfasser, ein Reichsverbandler Dr. Fritz Stephan Neumann in Berlin, kündigt in einer Rede an, dass er die Broschüre, die das Vertrauen der betrieblichen Arbeiter zur Sozialdemokratie weiter zu erschüttern, das Vertrauen zum bürgerlichen Arbeitgeber und zur heutigen Wirtschaftsordnung aber erneut zu kräftigen. Das „weiter“ ist ein überaus passender Ausdruck, nachdem die Sozialdemokratie gerade in den letzten Monaten von einem erheblichen Sieg zum andern gekommen ist. Doch das beisteht. Wenn wir einen Blick auf das Buch des Herrn Dr. Neumann selbst werfen, so erfahren wir aus der Vorrede, dass „wo immer die Blüte eines Unternehmens oder die Arbeitsbedingungen von Genossen abhängen, sich diese als geborene Führer, als Arbeiterführer oder von einer Graufamkeit erweisen, wie sie in dem schlechtesten bürgerlichen Betriebe nicht erreicht wird.“ Die Sozialdemokraten sind in diesem Falle nach Herrn Dr. Neumann „Lohnbrüder und Profilmacher“, denen es allein darauf ankommt, aus den Knochen der Arbeiter Lebenskräfte zu erzeugen, die sie unfähig und unethische Personal, Versager der ihnen anvertrauten Arbeiterorganisationen. Man sieht, es kommt unserm Sozialistenführer auf große Worte nicht an.

Um nun auch noch zu machen, was er verspricht, betrachtet der Verfasser in fünf Kapiteln die Sozialdemokratie in den Konsumvereinen, die Arbeiterbehandlung in sozialdemokratischen Gewerkschaften, die sozialdemokratischen Vertrauenspersonen, sozialdemokratische Staats- und Stadtergebnisse und die sozialdemokratische Wirtschaft in den Christenvereinen. Wir haben hier also das unverständliche Rezept des jetzigen Regiments Gültigkeit und des gegenwärtigen Reichsverbandes vor uns. Allerdings macht Herr Dr. Neumann-Friedenau in der Vorrede einen kleinen Vorbehalt. „Die Sozialdemokratie“, schreibt er, „mag Einzelheiten anfechten, alle wesentlichen Angaben dieser vernichtenden Anklageschrift wird sie befehlen lassen müssen.“ Diese Reservation war am Platze, wenn wir die vernichtende Anklageschrift durchblättern, so finden wir nichts als die bekannten Beschuldigungen, mit denen die Reichsverbände, forensische, seit Jahr und Tag hauiert sind, und deren unaufrichtige Arroganz, die von der Arbeiterpresse herab den Kränzer gestellt wurde, das selbst unabhängige bürgerliche Blätter in der sprichwörtlichen Reichsverbandsmethode ein Haar finden.

Da ärgert sich auf Seite 11 seiner Broschüre der Verfasser darüber, daß der „sozialdemokratische“ Zentralverband der Konsumvereine seinen und seiner Mitglieder (1) sozialdemokratischen Charakter systematisch zu verbergen sucht. Aber das hindert Herrn Neumann nicht, an den Reichsverbänden, die den Konsumvereinen die sozialdemokratische Wirtschaft zu übergeben, das politische Machtmittel der Sozialdemokratie planmäßig in die Hände zu legen. Man sieht, es kommt ihm nun, wenigstens in den Augen der Arbeiter, nicht viel daran, und daher folgt eine Aufzählung angeblicher Schandthaten in Konsumvereinen, die natürlich unbescholen alle der Sozialdemokratie zur Last fallen, mag der Verfasser zu seinem Schlußworte auch selbst eingestehen müssen, daß die Konsumvereine sich peinlich streng von politischer Betätigung fernhalten. Natürlich fehlen in der Aufzählung nicht die üblichen Beschuldigungen über die Ausbeutung in den Konsumvereinen. Daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen in diesen Vereinen zum Teil bessere sein könnten, ist bekanntlich gerade von der Sozialdemokratie oft genug herangezogen worden. Wie die 1907 mit der Organisation der Wäcker und der Transportarbeiter abgeschlossenen Tarifverträge zeigen, sind diese Bedingungen zum guten Teil aber unendlich viel besser als in Privatbetrieben. Was jedoch die behauptete geschäftliche Unfähigkeit der Konsumvereine betrifft, so zeigen die folgenden Zahlen zur Evidenz den wirtlichen Tarifbestand.

Im Januar 1907 bestanden nach einem Bericht im „Konsumvereinsführer“ 1117 753 Mitglieder in 201 eingetragene Konsumvereine mit insgesamt 1 181 753 Mitgliedern. Die Zahl der nicht eingetragenen Konsumvereine ist nach auf 129 mit 68 247 Mitgliedern. Somit stellt sich der Stand der deutschen Konsumvereinsbewegung für den 1. Januar 1907 auf 2150 Konsumvereine mit 1 250 000 Mitgliedern. Rechnet man die Familie zu fünf Köpfen, so repräsentiert die deutsche Konsumvereinsbewegung eine Bevölkerungszahl von 64 Millionen und den zehnten Teil des ganzen deutschen Volkes.

Vom 1. Januar 1906 bis 1. Januar 1907 stieg der Umsatz der Konsumvereine im eigenen Geschäftsbetriebe, von 279,4 Millionen Mark auf 290,5 Millionen Mark und der erzielte Reinertrag von 20,1 Millionen Mark auf 20,5 Millionen Mark. In eigener Produktion wurden von den Konsumvereinen für 82,0 Millionen Mark Waren hergestellt.

Die überwiegende Masse der Konsumvereine, 985 mit 885 074 Mitgliedern, ist im Zentralverband deutscher Konsumvereine organisiert.

Diese imposanten Leistungen machen es begreiflich, daß man selbst auf bürgerlicher Seite den Arbeiterkonsumvereinsbewegung Anerkennung zollt. Wir führen in dieser Hinsicht die Rede an, die Oberbürgermeister Schmitz am 1. August 1908 bei der Begrüßung der Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Eisenach hielt, und die nach dem stenographischen Bericht in folgende Worte ausklang:

„So glaube ich, daß der Genossenschaftscharakter überall, wo er sich zum Durchbruch verhilft, zum Segen derjenigen gerichtet, die sich ihm anschließen, und damit schließlich auch zum Segen unseres ganzen Vaterlandes. Dieses liegt uns allen am Herzen, und speziell natürlich liegt es den Stadtverwaltungen, den Verwaltungen, die die Organisationen des Staates und des Reiches zu leiten haben, ganz besonders am Herzen. Wenn Sie also weiter auf Ihrem Gebiete fortfahren, den Genossenschaftscharakter zu pflegen, so können Sie gewiß sein, daß Sie gerade in den Städten und bei den Stadtverwaltungen auf weitestgehende Sympathien stoßen.“

Nach dem Muster der Konsumvereine benimmt dann Herr Dr. Neumann-Friedenau die Sozialdemokratie in ihren eigenen Betrieben und ihren Vertrauenspersonen. Hier scheint der Reichsverbandler sich nicht, den „Reichsverbandler Nachrichten“ vom 23. November 1908 die schon vorher widerlegte Verleumdung nachzudenken, dem Geschäftsführer Richard Fischer sei aus Anlaß einer Auseinandersetzung mit dem Buchdrucker die Proklura über den „Vorwärts“ entzogen worden.

Herr Dr. Neumann geht ferner besonders auf die „Angelegenheit der edlen Sechser“ vom „Vorwärts“ ein. Daß damals gegenseitig harte Worte gefallen sind, ist nichts Neues und braucht keineswegs verheimlicht zu werden. Doch mögen diejenigen, die mit dieser Affäre freibleiben gehen, sich sagen lassen, daß die vor vier Jahren aus dem „Vorwärts“ ausgeschiedenen Redakteure Mann für Mann heute wie ehedem in der Sozialdemokratie ihre Pflicht tun und daß die wirtschaftliche Position sich bei keinem von ihnen auch nur einen Augenblick verschlechtert hat. Es ist lächerlich, aus diesem Anlaß der Sozialdemokratie einen Vorwurf zu machen, besonders wenn man erwägt, wie rückwärts unter der Leitung der Reichsverbände nachstehenden „Nationalität“ ein Veteran der bürgerlichen Presse, der bekannte Schriftsteller Dr. Karl Frenzel, auf die Straße gesetzt wurde, als er sich, im Alter von 82 Jahren, weigerte, für ein anrüchliches Blatt von der Qualität der „Post“ zu schreiben.

Im weiteren Verfolg der Neumannschen Schrift ergibt sich, daß der Verfasser auch die allerunaufrichtigsten Reichsverbände des Reichsverbandes eine Anzahl von Arbeitern auf, die Verbändegelehrten unterliegen haben, und nennt diese im Namen sozialdemokratischer Vertrauenspersonen. Als solcher muß u. a. auch ein Kassierer des Kirch- und Schulvereins der Wäckerbauer der Antonienstraße herhalten, gegen den die Straßmannsche Zeitung ein Verfaßtes wegen Unterschlagung eingeleitet hatte.

Obgleich Herr Dr. Neumann aber sonst fast auf jeder Seite den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie als Eideschwörer heranzieht, vertritt er bei dieser Gelegenheit billig, Unschau zu halten und an das bekannte Sprichwort vom Glashaas zu denken. Während die reichsverbändlerische Affäre armer Schänder, die sich an Arbeitergelehrten vergangen haben, durch die Aufseher aus mehreren Jahren mühsam zusammengepöppelt ist, konnten sozialdemokratische Wäcker zu Anfang Juli dieses Jahres aus dem einzigen Jahre 1908 10 Reichsverbände, die sich gemeiner Straftaten schuldig gemacht hatten, mit Namen nennen.

Parteinachrichten.

Für Genossen, die nach Paris reisen, dürfte folgendes von Interesse sein: Der seit 30 Jahren in Paris bestehende Deutsche Sozialdemokratische Klub hält seine regelmäßigen Versammlungen an jedem Sonnabend im 9. im großen Saale des Restaurant SENE, 9 rue de Valenciennes (Palais-Royal) ab. Einem Vortrage aus politischem oder wissenschaftlichem Gebiete folgt die Diskussion, an der jeder Anwesende sich beteiligen kann. Eine außerordentlich reichhaltige Bibliothek steht den Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung. Auch der französische Sprache für Anfänger und Fortgeschrittene werden abgehalten. Deutsche, österreichische, französische, schweizerische Parteiführer legen zur täglichen Benutzung im Klublocale an. Besondere Veranstaltungen, Besuche von Frauen und anderen Schenkenmitgliedern werden unternommen. Einen Arbeitsnachweis bezieht der Klub nicht, jede sonstige Unterstützung wird den Freunden in brüderlicher Weise geboten. Es ist jedem nach Paris kommenden Genossen zu empfehlen, sich an den Deutschen Sozialdemokratischen Klub zu wenden. Allenfalls ist ein Mitglied der Ortskommission anzufordern. — Alle Arbeiterblätter werden unentgeltlich abgegeben.

Unter schwermütigen Verhüllungen, der seitige Kolonialredakteur unter Dorn um der Parteiführer, Adolf Lotzow, ist unter dem Verdacht des Unparteilichkeits verhaftet worden. Sofort, als die Gerüchte ausbrachen, ist er von den Parteiführern seiner Arbeit entzogen und verhaftet worden. Die Verhaftung der Staatsanwaltschaft zu halten. Lotzow behauptet, daß die gegen ihn erhobene Anklage auf ein Macheakt zurückzuführen ist. Die Verhaftungen fallen in eine Zeit, zu welcher Lotzow noch nicht an der Parteipresse tätig war.

noch schmutziger Schnee bedeckte, sagte er den festen Entschluß, nie mehr zu Anna zu gehen, wenn sie allein sei. Aber was half ihm das?

Drei Tage später war er seinem Vorfatte schon wieder untreu geworden, und dafür erschien am andern Morgen das Schredensgeplätz des entlassenen Kollegen, das ihn ruhelos herumtrieb und ihn noch trübselig gegen den Geistlichen mochte.

Was das hinaus sollte, wie das noch endete? Er wurde oft ganz wütend auf Anna, weil sie so sorglos dahinstolzte und ganz gelassen zur Kirche ging. Wie konnte sie das nur? Er beobachtete sie verächtlich, wie sie betete. So ruhig und innig wie vorher, wie es. Was das Heudelnde? „Wagst du, daß ich dich nicht fähig über was war es denn?“, fragte er. „Er gedachte sich, den Kopf und wurde nicht lang aus dem Wädhchen. Vor einer Frage schämte er sich, und nun quälte er sein Gehirn, als wie er es nur anfangen könnte, mit ihr darüber zu reden, weil er dieses rätselhafte Verhalten einfach nicht fassen konnte. Vielleicht wäre es ihm sogar lieber gewesen, wenn sie hilflos gejamert und am ersten Tage dem Vater gleich alles verzeihen hätte.“

Als sie ihn aber wieder einmal scherzend ermunterte, seine geheimen Sorgen zu verbergen, und ihm fröhlich in die Augen lächelte, plagte er doch heraus:

„Anna, gel... Du glaubst nun an Gott?“

„Sie sah ihn groß an, ihre Lippen wurden sehr ernst.“

„Aber, Franz, wie kannst Du nur so fragen?“

„Hab' i Dir was getan?“

„Des net, aber i d'rich' die Frag' net.“

„Schau, Anna,“ fing er wieder an, „ich hab' Dich, es sind freilich noch mehrere Monate her, oben in der Gaischluft auf der Wädhchen einmal g'fragt, ob Du mit mir da n'nterspringen könnt'st. Du hast Dich damals so enstelt, und i hab' wohl g'merkt, daß i Dein Glauben da beleidigt hab'. Weinst Du auf? Was vor jener Nacht lag, es schämte langsam in die Haut, schien ich wie verschwommen, und sie mußte sich erst langsam daran bestimmen.“

„I weiß scho noch,“ sagte sie endlich ganz leise.

„Siehst Du, Anna, des war von mir net recht, daß i Dir so was g'lagt hab', denn... Du wirst es ja selber wissen... das war ja a Dummeheit von mir, es war auch... a Sünd!“

„Er hatte es glücklich heraus, was er sagen wollte, und blickte sie erwartungsvoll an. Anna lenkte die Augen und schloß die. Deutlicher tauchte die Szene vor ihr auf.“

Damals — und heute!

„Du mußt mir net böß sein, Anna, daß i von dem Tag no amal angefang' hab',“ hat er ägernd.

Arbeiterbewegung.

Streik, Aussperrung und Sperren.

Zugung ist fernzuhalten von:

Arbeitern aller Berufe nach Schweden;
Wädhenerarbeiten nach dem Neuen Theater (früher Volkshausplatz) in Hamburg;
Gastwirtschaften nach dem Langenfelder Hof, Langenfelde, nach dem Lokal von Martin Mäntzer, Lohndred, Königstraße 2, „Golfhof“ unter den Linden, und Neubauer's Golfhof, Kirchsteinded;
Gold- und Silberarbeitern nach Schweden;
Fasernarbeitern nach Hamburg (Eibe);
Jollernern nach Hamburg;
Korbwaren (Gefäßarbeitern) nach der Firma C. Runge, Hamburg, Weidestraße;
Küpern nach der Vereinigten Fabrikhandels-Gesellschaft, m. b. H. Roda u. Witt, Hamburg-Wilhelmsburg;
Zivilmaschinen nach Schiffbeck, Lokal von Rehwisch.

Hamburg und Umgegend.

Achtung, Kohlenarbeiter!
In Bremen leuchten die Unternehmer Verhandlungen zwecks Schaffung eines neuen Lohns ab, und sperren hierauf die Kohlenarbeiter aus.
Um Fernhaltung des Zugung ist gebeten!
Deutscher Transportarbeiterverband, Gau 12.

Achtung, Arbeiter!
Im Hafen von Harburg a. d. Elbe stehen die Hafenarbeiter im Abwehrstreik!
Keiner darf dort Arbeit annehmen!

Die Aussperrung der Bremer Kohlenarbeiter dauert fort. Eine Anzahl von Firmen hat die Forderungen der Arbeiter anerkannt. In bürgerlichen Blättern behauptet das Bremer Kohlenarbeiter, daß die Arbeiter nicht ausgesperrt seien, sondern aus eigenem Antrieb die Arbeit eingestellt hätten. Demgegenüber erklärt die Zeitung des Transportarbeiterverbandes, daß den Arbeitern ein Schriftstück vorgelegt wurde, den geschäftlichen Kontakt weiter bestehen zu lassen. Am Sonnabend noch sollten die Arbeiter unterschreiben, und dies geschah nicht. Der Kohlenarbeiter sagt, die Arbeiter haben die Arbeit aus eigenem Antrieb verlassen, so ist dieses eine vollständig falsche Darstellung der Tatsachen.

Deutsches Reich.

Tarifbindung im Holzgewerbe. Bei der großen Tarifbewegung im Holzgewerbe im Jahre 1907 wurden gemeinsam mit Berlin für 38 Städte Verträge abgeschlossen, die als einheitlichen Abschluss am 12. Februar 1910 erloschen. Die Verträge müssen drei Monate vorher gekündigt werden. In den einzelnen Städten haben sich die Mitglieder des Holzgewerkschaftsverbandes nun seit längerer Zeit mit der Kündigungsfrage beschäftigt. Auch zwischen den Zentralverbänden wurde über eventuelle neue Vertragsverhandlungen verhandelt, die indes bisher ein Resultat nicht ergeben haben. In den letzten Tagen haben nun die beschriebenen Verwaltungen des Holzgewerkschaftsverbandes mitgeteilt. In Berlin beschäftigt sich die Generalversammlung des Holzgewerkschaftsverbandes mit der Frage der Kündigung des am 12. Februar 1910 abgeschlossenen Tarifvertrages für die Holzindustrie in Berlin, Potsdam, Hagenow, Rixdorf und Weiskow. Der Vertreter, Generaldirektor H. Lohde, empfahl, von einer Kündigung abzuheben, so nehmen. In Berlin sei das Holzgewerbe noch in der Kündigungsphase, so nehmen. Die Berliner Unternehmer hätten zwar mit der Kündigung der Holzgewerkschaften zu kämpfen, in denen die Arbeitsbedingungen sich nicht ändern in Berlin. Die Kündigungszeit sei beendet worden durch den Abgang der Arbeiter während der großen Auswanderung im Jahre 1907. Die Arbeitgeber hätten durch die diesjährige Auswanderung und andere Maßnahmen versucht, die Arbeit wieder nach Berlin zu ziehen; aber auch die Berliner Holzgewerkschaften hätten ein Interesse daran, daß zunächst in den Provinzen, in denen der Vertrag ursprünglich am 12. Februar 1910 abgelaufen, bei dem Abgange neuer Verträge die Arbeitszeit verfürzt und die Löhne erhöht werden. Ein gewisser Ausgleich zwischen den Arbeitsbedingungen im Lande und in Berlin sei notwendig und die Berliner Holzgewerkschaften würden deshalb trotz der veränderten Lebenshaltung durch die neuen Zeiten auf eine Besserung ihrer Arbeitsbedingungen durch einen Tarifvertrag verzichten und den alten Tarifvertrag in der nächsten Zeit kündigen. Wenn der Arbeitgeberverband die Kündigung des Tarifvertrages kündigen würde, so würde er auch den wirtschaftlichen Kampf auf sich zu laden und die Verantwortung für einen Tarifvertrag übernehmen. Die Generalversammlung würde sich für den Tarifvertrag nicht zu kündigen. Inzwischen haben aber die Unternehmer in Berlin, Potsdam, Hagenow und Weiskow ein Interesse daran, daß zunächst in den Provinzen, in denen der Vertrag ursprünglich am 12. Februar 1910 abgelaufen, bei dem Abgange neuer Verträge die Arbeitszeit verfürzt und die Löhne erhöht werden. Ein gewisser Ausgleich zwischen den Arbeitsbedingungen im Lande und in Berlin sei notwendig und die Berliner Holzgewerkschaften würden deshalb trotz der veränderten Lebenshaltung durch die neuen Zeiten auf eine Besserung ihrer Arbeitsbedingungen durch einen Tarifvertrag verzichten und den alten Tarifvertrag in der nächsten Zeit kündigen. Wenn der Arbeitgeberverband die Kündigung des Tarifvertrages kündigen würde, so würde er auch den wirtschaftlichen Kampf auf sich zu laden und die Verantwortung für einen Tarifvertrag übernehmen. Die Generalversammlung würde sich für den Tarifvertrag nicht zu kündigen.

Unter schwermütigen Verhüllungen, der seitige Kolonialredakteur unter Dorn um der Parteiführer, Adolf Lotzow, ist unter dem Verdacht des Unparteilichkeits verhaftet worden. Sofort, als die Gerüchte ausbrachen, ist er von den Parteiführern seiner Arbeit entzogen und verhaftet worden. Die Verhaftung der Staatsanwaltschaft zu halten. Lotzow behauptet, daß die gegen ihn erhobene Anklage auf ein Macheakt zurückzuführen ist. Die Verhaftungen fallen in eine Zeit, zu welcher Lotzow noch nicht an der Parteipresse tätig war.

Ein Verrückter.

Roman von Josef Kuederer.

Seidem war nichts mehr darüber gesprochen worden, aber der Lehrer glaubte bestimmt, wenn er sich zu Bett legte, daß er am andern Tage mit der Schredensbotenschaft gewedet werde, daß alles bekannt sei.

Und trotz dieser Furcht und Aufregung, in der er lebte, zog es ihn immer wieder mit magnetischer Gewalt in Stunden, wo er unbewußt mit Anna beisammen sein konnte, ins Dorfhaus hinüber. Die Momente leidenschaftlicher Eingabe waren die einzigen Befreiungsmittel für diesen untrüglichen Zustand, und Anna, die in der ersten Nacht wie eine Fremde emporsah, als ihr nach verächtlichem Einsteigen die graunasse Mäntelchen wieder klar vor die entleerten Augen trat, Anna, die dem heimkehrenden Vater nur mühsam ihre furchtbare Erregung mit den Sinnens auf Gattis hieser schrecklichen Aufbruch wiederzugeben konnte, hatte sich ganz ausreißend nach ihm der Grund noch nicht für dieses merkwürdige Benehmen, das ihn mit dem größeren Befolgen erfüllte, als er den Lehrer eines Nachmittags im Walde unbedeckt beobachtete.

Wie ein Geisteskranker hatte Gatt auf dem einsamen Spaziergang in der Luft herumgeschwebt und halblaut mit sich selbst gesprochen. Dann war er tiefer in den Wald hineingegangen. Der Förster wollte ihn nicht folgen. Wäre Valder aus seinem Versteck plötzlich herausgetreten, so hätte der Lehrer im ersten Schreden ihn wohl alles erzählt, was ihn an diesem Tage bedrückte und damit zugleich sein eigenes Geheimnis verraten.

Einen jungen Dorfchullehrer hatte man Annull und Fall auf ein Jahr außer Dienst gesetzt, weil sein Verhältnis mit einem Mädchen des Ortes nicht ohne Folgen geblieben war. Von einem Schulfreunde erhielt Gatt die Nachricht, die ihn wie ein Donner Schlag trat.

Auf seiner Wanderung durch den weiten Forst, dessen Boden

Sie leuchtete.

„Ich kenn' Deine Gedanken schon, wenn Du zu mir auch noch nie g'lagt hast. Gell, Franz, Du wunderst Dich halt, daß i so ruhig, und so... so gleichgültig bin, daß ich in d' Kirch geh'.“

„Aber, Franz, aber schau, i kann dir dafür. Vielleicht wundert D' Dich noch viel mehr, wenn i Dir sag', daß i no nie in meim Leben so freudig zu meim Herzogt bel' hab', wie grad von dem Tag an, wo i ganz Dein geh'.“

„Ja, aber... wenn Du beichten müßt, Anna?“ fragte er und sich verlegen zu Boden.

„Glaubst, mir war' davor bang? Ich hab' nie auf dem Gewissen, was ich net beichten könnt',“ sagte sie fest.

Er wollte noch etwas erwidern, aber er brach es nicht heraus. Gedankenlos stierte er die verabschiedete sich. Anna sah ihn lange nach, als er zum Pfarrhaus ging, wo er noch am selben Abend die Verlobung des Försters Götters mit der Tochter Kathi erfuhr. Wäre er schuldlos gewesen, so hätte ihn gerade diese Mitteilung heiter gesinnelt, weil hier ein roher Gimpel so plump in das Netz nicht durch seine Klugheit von Kathis Verhältnis mit dem Förster erwischen könnten, und suchte den Augen des Geistlichen auszuweichen, die wieder so selbst auf ihm zu ruhen schienen. Wie konnte er früher diesen Wädhchen begegnen, als er noch ein gutes Gewissen hatte!

Wald nach Tische hat er um die Erlaubnis ausgehen zu dürfen und schick davon.

Die milde Luft eines demnächstigen Frühlingsabends umfing ihn auf dem Hügel. In den fahlen Baumtronnen schwebte bläulicher, zarter Duft und in seinen Rebellstufen wogte es auf dem dunstigen, braunen Boden. Ein heller, zitronengelber Schein strömte im Westen zum dunkelnden Himmel empor, und intensiv leuchteten die vergoldeten Kreuze des Friedhofs an der weißen Mauer der Kirche.

Der Lehrer hatte keine Augen für die Bracht des lauchigen Abends. Er wartete durch den Schmutz der aufgehenden Straße zum Pfarrhaus, wo er jetzt, da er oft zusprach, ein gar lieber Gast geworden war.

Heute hielt ihn in der dunkeln Stube Frau Kreittmayher stillkommen, die mit einem Buchchen hinter dem brummenden Kachelofen saß. Als sie Licht brachte, erkannte der Lehrer in dem stummenden, Götters den Lehrer Toni, der am Tische kauerte und schwer betrunknen zu sein schien. Seine Art mit den starken Seiten hatte er neben sich auf die Bank gelegt und seinen schabigen Filz vertieft aufgelegt. Die langen Spigen seines blonden Schurzrockens, die nach unten hingen, raubten das unvorsichtige Kind ein und die grauen Augen irrten rastlos und bormegen in der Stube herum.

Gatt war dieses Zusammenreffen nicht angenehm. Er setzte sich an einen andern Tisch und schenkte dem Buchchen die Beachtung. Doch der Toni veränderte sich Geltung zu verschaffen.

„Sel no a Maß her, Wirtshaus! Gell kumm' mer net drauf an. No, wer's halt? Wirtshaus, Sauhaus!“

Die Wirtin brachte das Verlangte und nahm ihm gegenüber auf der Bank Platz, wo sie sich mit halber Wendung dem

schweig, Stettin und Zuffenhausen haben stark behuchte Mitgliedervermehrungen des Holzgewerkschaftsverbandes den Beschluß gefaßt, die Kündigung der Verträge auszusprechen. Damit ist die Tarifbewegung im Holzgewerbe eingeleitet.

Schwarze Listen im Schmiedgewerbe. Die Senfenschmiede der Betriebe Blüppermann in Rahl bei Köln und von Kaufmann in Schleichbach kündigen, weil ihnen eine Lohnzulage verweigert wurde. Der Arbeitgeberverband der deutschen Schmiedindustrie hat, wie wir schon mitgeteilt haben, nun schwarze Listen herausgegeben, damit die Arbeiter dieser genannten Firmen nicht anderwärts in Arbeit genommen werden. Es wird deshalb ermahnt, den Zugang von Schmiedarbeiten nach Rahl und Schleichbach fernzuhalten. Der Verzicht, Arbeitsverträge zu werden, dürfte auch im Ausland, besonders in Österreich, unternommen werden. Anfragen sind zu richten an den Zentralverband der Schmiede, Fr. Lange, Hamburg, Weidestraße 67.

Internchmerorganisation. Der Gesellschaft des Verbandes schifflicher Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitsentstellungen hat sich der Arbeitgeberverband deutscher Glasfabriken mit einer Jahreslohnsumme von über 13 Millionen Mark angeschlossen. Der Anschlag österreichischer Industrieller wurde vorläufig zurückgelassen.

Tarifverträge in Holzfabriken. Der zwischen dem Brauereiarbeiterverband und den Holzfabriken in Ludwigsdorf abgeschlossene Tarifvertrag wurde auf zwei Jahre erneuert mit Lohnschätzungen von 2,2 pro Woche und sonstigen Verbesserungen. Der mit der Holzfabrik Müller in Rutenberg abgeschlossene Tarifvertrag brachte 2,2 bis 2,8 Lohnschätzung pro Woche, Begabung der Lehrstunden und Sonntagserwerb mit 50 bzw. 60 % pro Stunde, Wohnzuschlag von 1,20 und Vergütung bei Krankheit und militärischen Leistungen auf 14 Tage bzw. 30 Tage. Ferner wurde mit der Holzfabrik Rietze ein Beitrag abgeschlossen, der für Hilfsarbeiter und Wäcker 2,2 für Feiger, Wädhener und Grabener 2,8 Lohnschätzung pro Woche und Begabung der sieben Schicht mit einem Stiel des Wochenlohnes brachte. Nach drei Jahren steigt der Lohn um eine weitere Mark. Die Arbeitszeit wurde von 18 auf 12 Stunden reduziert und sonstige Verbesserungen in Bezug auf Lehrstunden und 616 H. G. W. erzielt. Ein sehr günstiges Ergebnis hat der mit der Holzfabrik von der Wädhener in Rahl bei Köln abgeschlossene Tarifvertrag. Die Lohnschätzung beträgt 2,2 pro Woche und die Arbeitszeit wurde auf 9 Stunden festgelegt. Damit weist dieser Tarifvertrag die besten Verhältnisse im Bereiche des Holzgewerkschaftsverbandes der Holzfabriken von Mainz und Umgebung auf. Inzwischen sind zwei Jahre wieder dort die Jahre um 2,2 pro Woche erhöht und die Arbeitszeit auf 9 Stunden täglich verfürzt. Sämtliche Arbeiter des Betriebes gehören dem Brauereiarbeiterverband an.

Erfolgreicher Webersstreik. Der Streik der Weber und Weberinnen in der Fabrik von J. Venzel in Wurgelle bei Mulhausen i. G. hat schon nach wenigen Tagen dazu geführt, daß die Firma für den Anteil Großes, um den Beschäftigten der Streik ausbezogen war, eine Lohnschätzung von 10 % pro Stück hat einrichten lassen. Für die anderen Weberschicht, bei denen die Arbeiter ebenfalls eine Lohnschätzung fordern, wurde die Lohnaufhebung im Prinzip bewilligt, die genaue Festlegung ist für den ersten Jahrestag zugestimmt. Die Arbeit ist bereits wieder aufgenommen worden.

Die Folgen der Tabaksteuer. In Viena wurde im 73 Jahre alter Tabakarbeiter, der im letzten Jahre nur umfunde war, einen Durchschnittpersonenwert von 4,08 zu erzielen, durch die neue Tabaksteuer gänzlich erwirkt. Aus dem 4 Millionen Fonds erhält er jetzt die ihm zuzurechnende Unterzahlung von drei Vierteln des früheren Verdienstes, also wöchentlich 3,02. Wie nun die „Süddeutsche Zeitung“ berichtet, ging dem Tabakarbeiter vor kurzem ein Schreiben des Hauptkollektors zu, das folgenden Inhalt hat:

Von verschiedenen sächsischen Jagarfabriken werden Tabakarbeiter und Tabakfabriken, und zwar vorzugsweise solche geachtet, die dem Sächsischen Tabakarbeiterverband nicht angehören. Inzwischen konnten in Frage die Firmen Ernst Lange u. Söhne und Kautsch in Wilsdorf und Gebirder Joch in Dresden. Sie werden von diesen Arbeitsgeheimnissen mit dem Hinweis darauf in Kenntnis gesetzt, daß die Unterzahlungsfrist als erfüllt gilt, wenn Ihnen eine geeignete Beschäftigung an anderer Arbeitsstelle nachgewiesen wird, durch die Sie wöchentlich wenigstens drei Viertel des im Durchschnitt des Vorjahres im Tabakgewerbe bezogenen Wochenlohnes verdienen.“

Auf Grund der Ausschlagungsbestimmungen ist der Arbeiter verpflichtet, die ihm nahegelegene Arbeitsgelegenheit anzunehmen, da er sonst der Unterzahlung verurteilt geht. In es nicht ein ziemlich hartes Stück, von einem Manne im Alter von 73 Jahren zu verlangen, daß er ohne weiteres seinen Wohnort ändern und in eine andere Stadt überfiedeln soll, noch dazu, wo er nicht einmal weiß, wie hier seine Arbeitskraft bezahlt wird?

Stallschweizerleben. Die Stallschweizer, die in fast allen Großstädten in den zahlreichen Wollereien und auf Gutsböden des ganzen Landes beschäftigt sind, suchte der Verband der Lands-, Wädhener- und Wädhenerarbeiter zu organisieren. Was notwendig gerade in diesen Streiken eine auf moderner Grundlage errichtete Organisation ist, das geht aus mehreren Aufzügen hervor, die der Vorstand des Verbandes der Lands-, Wädhener- und Wädhenerarbeiter an alle im Schweizerland beschäftigten Personen richtete. Seitener erfordern, so heißt es da, ein mit der Landwirtschaft zusammenhängender Beruf so viel Arbeitskraft, wie gerade derjenige des Schweizer. Von frühen Vorgen bis in die finkende Nacht hat der Schweizer im Dienste des Wollereibesizers oder Gutsbesizers sich zu mühen und zu piagen. Und wie ist die Bezahlung für eine solche aufreibende Arbeit? Die Bezahlung des Schweizer, sei er nun Dornweizer, Freischweizer oder Unterweizer, ist in ganz Deutschland, in Städten und auf dem Lande, eine geradezu jämmerliche. Dazu kommt noch, daß der Schweizer gezwungen ist, bei seinem Arbeitgeber zu wohnen. Selbstverständlich nicht in der Wohnung des Wollereibesizers; dieser weist dem Schweizer vielmehr einen Verfall im Stall, im Keller oder in irgend einer Kumpelkammer

17

(Nachdruck verboten.)

